

Klamme Kommunen und engagierte Bürger

Was freiwilliges **e**ngagement für die Regionen leistet



KLAMME KOMMUNEN UND ENGAGIERTE BÜRGER

Was kann die Zivilgesellschaft zur Lösung der Probleme beitragen, die der demografische Wandel bringt?

Etwa die Hälfte aller 413 deutschen Kreise verliert bereits gegenwärtig Bevölkerung. In 42 Landkreisen und kreisfreien Städten schrumpft die Einwohnerzahl seit 2004 um mehr als ein Prozent pro Jahr.¹ Wirtschaftliches Wachstum findet vorwiegend in urbanen Räumen statt, und die dabei entstehenden Arbeitsplätze sind ein Grund dafür, dass die deutschlandweit kleiner werdende Zahl junger Menschen dorthin zieht. In tausenden Kleinstädten und Dörfern hingegen fehlt nicht nur die nachwachsende Generation, es mangelt auch an Steuer- und Gebührenzahlern, an Nutzern der kommunalen Infrastruktur, an Kunden für lokale Dienstleister und an Nachwuchs für Vereine und die freiwillige



Feuerwehr. Schulen schließen, öffentliche Buslinien werden eingestellt, Läden und Poststellen machen zu. All dies raubt den Orten im ländlichen Raum zusätzlich Attraktivität, die sie doch dringend bräuchten, um Menschen zu halten.

Aber auch viele Großstädte leiden unter dem demografischen Wandel. Vor allem solche, deren Wirtschaft lange von heute veralteten Industrien dominiert war. Viele dieser Orte haben während des Strukturwandels tausende Bewohner verloren – oft die jungen und am besten gebildeten. Heute kämpfen die einstigen Industrieviertel in bestimmten Stadtvierteln mit einer Häufung von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen. Im Westen der Republik sind insbesondere Einwanderer oft nur gering gebildet, arbeitslos und arm. Die Kindergeneration kann sich nur sehr schwer aus den Unterschichtmilieus der Städte lösen, weil weder das familiäre Umfeld noch die Umgebung Lernanreize und Motivation vermitteln. Hinzu kommt häufig eine chronische Finanzknappheit der Kommunen, die den Verwaltungen kaum Spielräume für Investitionen in die Zukunft lässt.

An den demografischen Veränderungen in den deutschen Regionen zeigt sich, dass Staat und Kommunen viele Probleme nicht lösen und die Erwartungen der Bürger nicht erfüllen können. Auf der einen Seite mangelt es an Geld – auf der anderen Seite lassen sich auch mit Geld nicht alle Schwierigkeiten aus der Welt schaffen. Dies machen etwa die enormen Ausgaben deutlich, die im Laufe der Jahre ohne ein nachhaltiges Konzept in die Kohleförderung für die Bergbauregionen des Westens oder in den Aufbau Ost geflossen sind.

Obwohl immer wieder ein „Rückzug des Staates“ aus der sozialen Verantwortung beklagt wird, gibt die Bundesrepublik de facto seit Mitte der 1990er Jahre weitgehend unverändert mehr als 30 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen aus – im Jahr 2009 waren das mit 31,3 Prozent des BIP fünf Prozentpunkte mehr als 1990 und sieben mehr als 1970.² Die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten in der freien Wohlfahrtspflege hat sich seit 1970 fast vervierfacht.³ Zwar hat einerseits die Zahl der Hilfebedürftigen und älteren Menschen zugenommen, doch sind andererseits auch die Erwartungen an die Qualität öffentlicher Güter und Dienstleistungen gestiegen – staatlich finanzierte Standardlösungen stellen die Bürger immer seltener zufrieden. Angesichts dieser Ansprüche fallen der Zivilgesellschaft neue Aufgaben zu. Die Unfähigkeit des Staates, alle Erwartungen zu erfüllen, soll durch eine größere Eigenverantwortung der Bürger für Lebensrisiken und ihr Lebensumfeld

beantwortet werden, so lautet oft der Tenor, – von der Kinderbetreuung über die Pflege bis zur Altersvorsorge. Selbstorganisiertes, freiwilliges Engagement von Bürgern für ihre Gemeinschaft soll lokale, aber auch übertragbare Lösungen finden, Probleme mildern und Lebensqualität erhalten – kreativ, gemeinschaftsstiftend und kostengünstig.

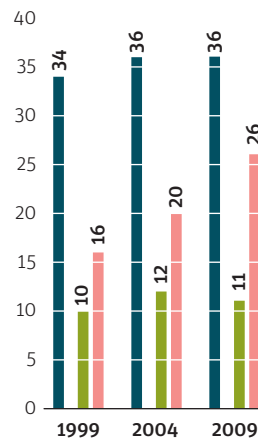
Deshalb wird ehrenamtliches, bürgerschaftliches, bürgerliches oder eben freiwilliges Engagement allerorts gelobt und mehr und mehr auch eingefordert. In den vergangenen zehn Jahren sind Landes- und Bundesnetzwerke für Engagierte entstanden. Es gibt fast täglich Konferenzen, Freiwilligentage, Ehrenamtsbörsen oder Seminare zur Gewinnung und Schulung von Freiwilligen. Bundes- und Landesminister werben wie Wohlfahrtsverbände und Stiftungen öffentlich für Engagement.

Doch welches Potenzial birgt freiwilliges Engagement jenseits von feierlichen Ansprachen und Tagungen angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung älter wird und schrumpft und die regionalen Disparitäten größer werden? Können einfache Bürger dazu beitragen, dass die Kinder einer Kommune besser gebildet, Läden und Kulturhäuser nicht geschlossen, Hilfsbedürftige gepflegt, eine Busverbindung aufrechterhalten wird? Können Freiwillige dafür sorgen, dass schrumpfende Regionen ihre Lebensqualität nicht verlieren?

Freiwilliges Engagement und Bereitschaft zum freiwilligen Engagement, Bevölkerung ab 14 Jahre in Prozent

● Engagiert
● Bestimmt bereit
● Eventuell bereit

(Datengrundlage: Freiwilligen-surveys 1999, 2004 und 2009)



Bisher hat das freiwillige Engagement trotz der stark gewachsenen öffentlichen Diskussion über Sinn und Notwendigkeit von ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht zugenommen. Der bundesweite Freiwilligen-survey zeigt, dass in den vergangenen zehn Jahren stets ein reichliches Drittel aller Bürger freiwillig engagiert war.⁴ Die unterschiedliche Geschichte der beiden Teile Deutschlands, vermutlich aber auch der Wegzug hunderttausender gebildeter und motivierter Menschen aus den neuen Bundesländern sind Gründe dafür, dass es erhebliche Unterschiede beim Grad des Engagements zwischen Ost und West gibt. Nach den Ergebnissen des Generali Engagementatlas 2009 mit den Umfrageergebnissen des Forschungsinstituts Prognos ist im Westen der Anteil engagierter Bürger etwa ein Drittel höher als im Osten.⁵

Das Gros des Engagements, etwa ein Drittel, findet in den Bereichen Sport, Freizeit und Geselligkeit statt. Knapp ein Fünftel der Engagierten ist im Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege tätig. 14 Prozent arbeiten freiwillig vor Ort, etwa bei Feuerwehr und Rettungsdienst. Lediglich elf Prozent engagieren sich für ältere Bürger. Hier liegt in der Zukunft der größte Handlungsbedarf, denn die Zahl der über 74-Jährigen wird sich in den nächsten vier Jahrzehnten verdoppeln. Vor allem die Generation der 55- bis 64-Jährigen scheint das zu erkennen. Mit über fünf Prozent dieser Altersgruppe sind hier nicht nur anteilig

Nicht mehr Engagement, aber mehr Bereitschaft dazu

Trotz aller Förderprogramme und Engagementpreise ist der Anteil jener Menschen, die sich freiwillig engagieren, in den vergangenen zehn Jahren praktisch unverändert geblieben. Ein reichliches Drittel der Bürger gibt an, sich in dieser Form für die Gesellschaft einzusetzen. Lediglich der Anteil jener, die „eventuell bereit“ wären, sich zu engagieren, hat deutlich zugenommen. Um diese stille Reserve in die Reihen der Aktiven zu holen, müssen die Angebote den Interessen und Fähigkeiten der potenziellen zivilgesellschaftlichen Akteure entsprechen. Vor allem braucht es Angebote, die niedragschwelliger sind als die des klassischen Ehrenamtes mit seinen starren Strukturen.

die meisten Menschen für Ältere engagiert, sondern hier ist auch die Bereitschaft am größten, noch mehr zu tun. Von den bereits Aktiven könnte sich laut Befragung zum Engagementatlas 2009 ein Drittel vorstellen, in Zukunft für ältere Menschen tätig zu werden. Insgesamt können sich 37 Prozent allerer, die sich derzeit nicht gesellschaftlich engagieren, vorstellen, bürgerschaftlich aktiv zu werden. Hier zeigen vermutlich die öffentliche Diskussion und die enorme Zahl an Projekten und Programmen zum freiwilligen Engagement ihre Wirkung.

Zwar ist ein stärkeres Engagement aller Altersgruppen wünschenswert, doch die Kohorte der 55- bis 64-Jährigen und die der „jungen Rentner“ über 64 Jahre sind die einzigen zahlenmäßig wachsenden Gruppen, von der die Zivilgesellschaft in Zukunft profitieren kann. Die große Gruppe der in den 1960er Jahren geborenen Babyboomer, die derzeit noch überwiegend in guten Positionen im Beruf stehen, wird in zehn bis 20 Jahren in Rente gehen. Es ist die erste gesellschaftliche Gruppe, die begriffen haben dürfte, welche Folgen der demografische Wandel für das Gemeinwesen hat. Diesen Menschen geeignete Strukturen zu bieten, in denen sich ihr Engagement entfalten kann, bildet die große Herausforderung der nächsten Jahre.

Freiwilliges Engagement – keine neue Erfindung

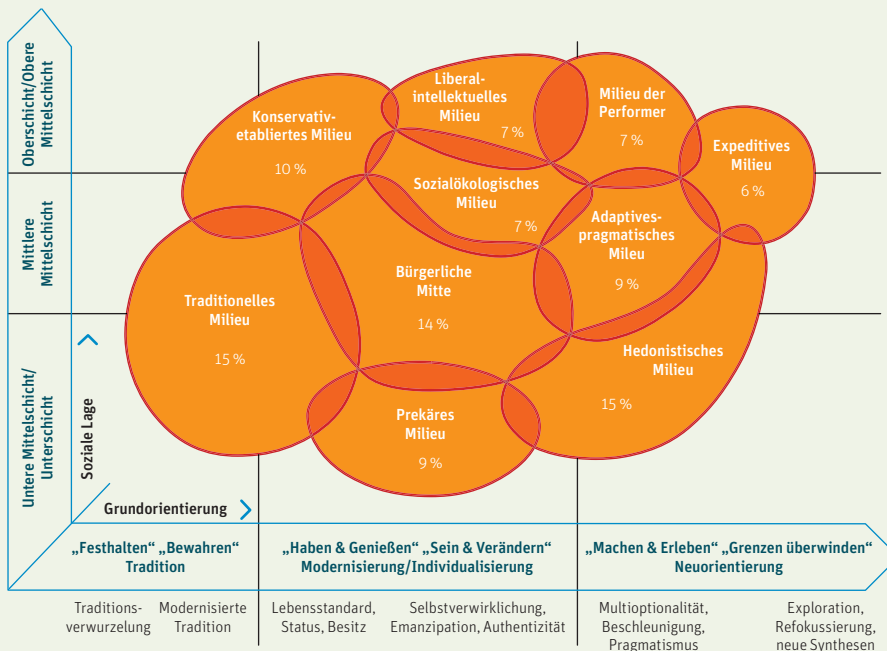
Unter „freiwilligem Engagement“ sind all jene Aktivitäten zu verstehen, die freiwillig, unentgeltlich, weitgehend öffentlich und im Interesse des Gemeinwohls stattfinden. Das schließt klassische „Ehrenämter“ mit ein, die innerhalb von Vereinen oder Organisationen übernommen werden, beschränkt sich aber nicht darauf. Eine bloße Mitgliedschaft in Vereinen, die für Unterhaltung oder Geselligkeit sorgen, zählt nicht dazu – ebenso wenig wie etwa die Hilfe für Verwandte oder Freunde.

Freiwillig engagiert haben sich Bürger schon immer – nicht selten vom Staat stark beschränkt oder argwöhnisch beäugt. Die Kirche ist eine der ältesten Institutionen, die freiwilliges Engagement für Bedürftige zu einem Teil ihres Wirkens gemacht hat. Doch gab es auch schon früher Engagement, das nicht an Religion geknüpft war – etwa in den seit 200 Jahren existierenden Freiwilligen Feuerwehren. Das Allgemeine Preußische Landrecht gestand den Untertanen seit 1794 zu, sich in Vereinen zusammenzufinden, allerdings bei gleichzeitigem Verbot „jeder

Beratung politischer Angelegenheiten“. Die in Deutschland bis 1945, in der DDR bis 1989 andauernden diktatorischen Zustände sorgten für den bis heute miefigen Ruf der deutschen „Vereinsmeierei“. Das Wort steht für eine Haltung von Vereinsmitgliedern, die etwa als Kaninchenzüchter oder Schützen vor allem ihrem speziellen Interesse nachgingen und sich dabei aus dem – politisch überwachten – öffentlichen Leben zurückzogen und damit gleichzeitig auf jeden Versuch verzichteten, die Gesellschaft zu verändern.

Die Bundesrepublik hatte auf der Basis einer boomenden Ökonomie mit Vollbeschäftigung und ständig wachsenden Einkommen lange darauf gesetzt, durch den Ausbau von sozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten die Bedürfnisse von Menschen „professionell“ zu lösen. Doch mit der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik wollten sich die Bürger wieder stärker in die Organisation der Gesellschaft einmischen. Sie forderten mehr politische Partizipation und es entstanden soziale Bewegungen und Selbsthilfegruppen zu Themen, die viele Menschen beschäftigten.

Im vereinigten Deutschland bekam die Diskussion um das freiwillige Engagement Ende der 1990er Jahre einen starken Schub, als trotz hohen Wohlstandes durch Dauerarbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit und klamme öffentliche Kassen Tendenzen des sozialen Zerfalls sichtbar wurden. Von der Vernetzung und Förderung von freiwilligem Engagement versprach man sich nicht nur eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sondern auch kreative und kostengünstige Lösungen für soziale Probleme. Im Jahr 2001 entstand aus einem Beirat zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ein „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches



Gesellschaftliche Milieus in Deutschland (Datengrundlage: Sinus Sociovision)

Unterschiedliche Lebensstile

Das Sinus-Institut unterscheidet in Deutschland zehn gesellschaftliche Milieus.⁸ Diese weichen nicht nur in Einkommen, Lebensweise und Wertesystem voneinander ab, sie haben auch unterschiedliche Einstellungen zu freiwilligem Engagement. Während das „Prekäre Milieu“ und das „Hedonistische Milieu“ in der Regel nichts für das Gemeinwohl tun, arbeitet der Traditionsverwurzelte etwa als Zeugwart bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Liberal-Intellektuelle leitet eine Selbsthilfegruppe, die Moderne Performerin coacht eine jugendliche Migrantin. Deshalb verändert sich durch den sozialen und demografischen Wandel nicht nur die Nachfrage nach, sondern auch das Angebot von Engagement.

Engagement“, das freiwilliges Engagement in allen Gesellschaftsbereichen fördern will. Zu diesem Bundesnetzwerk gehören mittlerweile zahlreiche Gremien, Institute und Verbände, die häufig selbst bereits „Netzwerke“ sind. Manche darunter sind altherwürdig, etwa der Deutsche Feuerwehrverband oder die Deutsche Bischofskonferenz. Manche bestehen seit Jahrzehnten, etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen oder die Nakos, das Netzwerk der Selbsthilfekontaktstellen. Andere Mitglieder des Bundesnetzwerks existieren kaum länger als zehn Jahre, etwa der Bundesverband der Fördervereine. Die Entwicklung zeigt vor allem eins: Die Formen von Engagement verändern sich – von festen, fast unternehmensgleichen Strukturen hin zu freierem, individuellem Engagement.

Menschen setzen sich heute in erster Linie freiwillig für etwas ein, weil es ihnen Freude macht. Erst danach kommt das Bedürfnis, anderen helfen zu wollen. Ebenso wichtig, wie in diesem Sinne karitativ zu handeln, ist Befragten, dass sie mit „sympathischen Menschen“ zusammenkommen und gemeinsam etwas anpacken, was ihnen wichtig ist. Freiwilliges Engagement soll sinn- und gemeinschaftsstiftend sein. Angebote, sich zu engagieren, müssen diesen Bedürfnissen entgegenkommen, wenn sie Resonanz finden wollen. Die moderne Gesellschaft ist sehr viel heterogener geworden. Sie vereint nicht mehr nur „Arbeiterschaft“ und „Bürgertum“, sondern zahlreiche Milieus, die sich auch bei ähnlicher sozialer Lage in ihren Werten und Einstellungen, aber eben auch in der bevorzugten Form von freiwilligem Engagement unterscheiden.

So finden sich nach der Kategorisierung des Sinus-Instituts in einer unteren sozialen Lage nicht nur traditionsverwurzelte Arbeiter, sondern auch „Prekäre Milieus“

und Hedonisten.⁶ Während sich die letzteren beiden Gruppen kaum freiwillig für die Gemeinschaft engagieren, findet man Angehörige des traditionellen Milieus vorwiegend als Vereins- oder Gewerkschaftsmitglied im klassischen Ehrenamt. In der gesellschaftlichen Mittel- und Oberschicht gibt es neben der „bürgerlichen Mitte“ heute auch die „Liberal-Intellektuellen“, die „Performer“, das „sozialökologische Milieu“ und das „Expeditive Milieu“. Während Menschen aus der bürgerlichen Mitte noch zu den Machern und Organisatoren des klassischen Ehrenamtes gehören, können sich letztgenannte Gruppen mit traditionellen Engagementformen kaum mehr identifizieren. Gerade diese neue Mittel- und Oberschicht drängt in die neuen Formen des Engagements. „Liberal-Intellektuelle“ und „Moderne Performer“ wollen selbst bestimmen, auf welche Weise und wie lange sie sich einbringen. Sie schauen sich in Freiwilligenbörsen um, treten Initiativen bei oder gründen selbst welche. Und streifen am „Tag des Engagements“ auch mal den Blaumann über.

Zugleich ist das wachsende Interesse an freiwilligem Engagement auch ein „Angebotseffekt“. Mit den Babyboomern wird eine große Gruppe von Menschen älter, die in der Regel gut ausgebildet und finanziell abgesichert ist. Die sehr Wohlhabenden unter ihnen gründen nicht selten Stiftungen – gegenwärtig werden in Deutschland jährlich etwa 900 neu errichtet.⁷ Mehr Menschen suchen jedoch eine sinnstiftende Tätigkeit nach Beruf und Familienphase, wollen aktiv an einer lebenswerten Kommune oder einer gerechten Gesellschaft mitwirken und dabei Gleichgesinnte treffen. Dabei wollen die Engagierten gleichzeitig autonom bleiben und eigene Ideen verwirklichen. All diese Faktoren dürften in Zukunft nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität des freiwilligen Engagements verändern.

Engagement in demografischen Problemregionen – die Untersuchung des Berlin-Instituts

Bundesweite Befragungen geben zwar einen guten Gesamtüberblick über das Themenfeld freiwilliges Engagement, lassen aber lokale Probleme im Dunkeln. Das Berlin-Institut will mithilfe der vorliegenden regionalen Untersuchung herausfinden, wie es in den demografischen Problemregionen Deutschlands tatsächlich um das Engagement der Bürgerschaft bestellt ist. Wie gehen freiwillig Engagierte Probleme an? Welche Erfolge und Herausforderungen gibt es dabei? Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen aktiver Bürgerschaft, Kommunalverwaltung und Wohlfahrtsverbänden? Und trägt freiwilliges Engagement in der Region dazu bei, die Lebensqualität der Menschen angesichts einer problematischen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verbessern? Um diesen Fragen nachzugehen, hat das Berlin-Institut sechs Regionen Deutschlands ausgewählt und besucht. Dort waren in Experteninterviews und Gruppendiskussionen Menschen Gesprächspartner, die bei der Organisation von freiwilligem Engagement eine Schlüsselposition einnehmen: Verantwortliche in den Verwaltungen, in Vereinen und Verbänden oder bei Organisationen der Wohlfahrtspflege.

Bewusst wurden als Untersuchungsorte Regionen ausgewählt, die von demografischen Problemen besonders betroffen sind, und keine prosperierenden und wachsenden Kreise. In letzteren ist die Zivilgesellschaft im Allgemeinen weitaus besser vertreten, wobei die gute wirtschaftliche Lage förderlich für das Engagement ist. Umgekehrt trägt eine engagierte Gesellschaft über Netzwerke, die weit über das Ehrenamt hinausgehen, zum wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand bei.

Stark alternde und schrumpfende Regionen verlieren tendenziell jene gut qualifizierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger, die für den sozialen Zusammenhalt nötig wären. Freiwilliges Engagement steht also in demografischen Problemgebieten nicht nur vor besonderen kommunalen Herausforderungen – es findet auch in einem anderen Rahmen statt als in florierenden oder stabilen Regionen.

Die Untersuchungsregionen

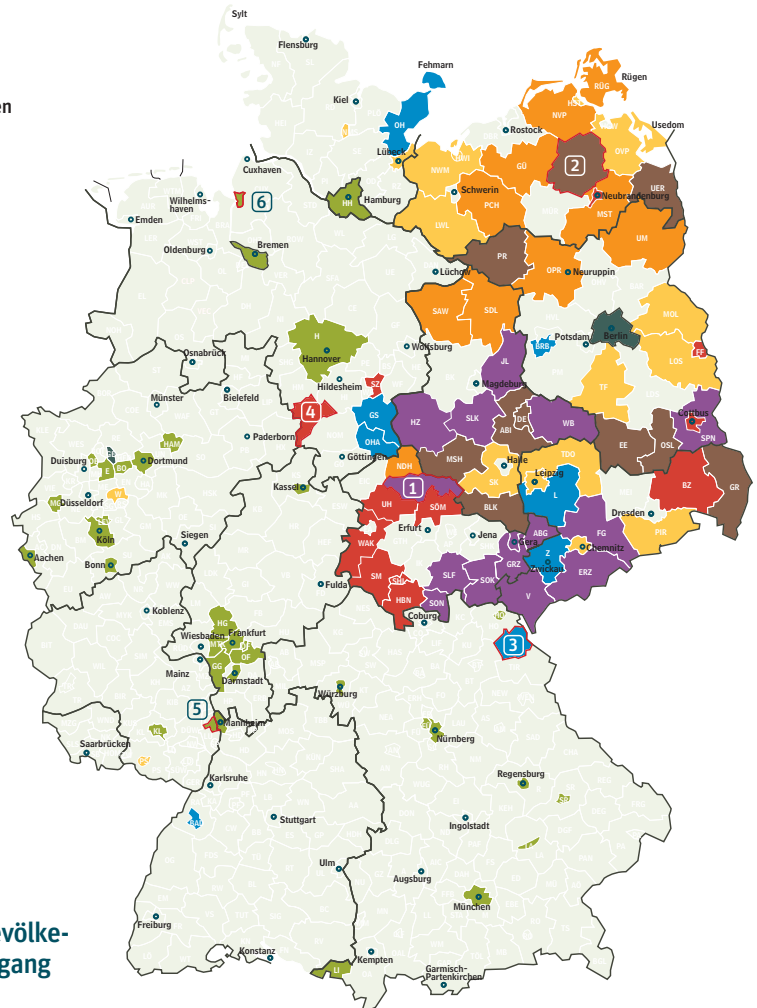
Zur Auswahl der Untersuchungsregionen wurden sämtliche Kreise Deutschlands anhand eines Sets von Indikatoren analysiert. Dazu wurden vier verschiedene Paare von Indikatoren gebildet, die auf besondere Problemlagen hindeuten. In das jeweilige „Problemcluster“ wurden all jene Landkreise und kreisfreien Städte aufgenommen, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Diese Schwellenwerte markieren dabei für jedes Indikatorenpaar in etwa die problematischsten zehn Prozent aller deutschen Kreise.

Es ist kein Zufall, dass einige Kreise gleichzeitig von mehreren dieser kritischen Problemlagen betroffen sind, denn die Probleme kumulieren häufig in demografischen Krisengebieten. So gibt es zahlreiche Kreise, in denen die Bevölkerung stark schrumpft und gleichzeitig stark überaltert ist. Viele dieser Kreise weisen darüber hinaus Bildungs- und Beschäftigungsprobleme bei der Jugend auf. Insgesamt gelangten anhand der genannten Indikatoren 108 Kreise in eine oder mehrere der vier Gruppen.

Die vier Problemlagen und ausgewählte Untersuchungsregionen

- Cluster 1
- Cluster 2
- Cluster 3
- Cluster 4
- Cluster 1 und 2
- Cluster 1 und 3
- Cluster 3 und 4
- Cluster 1, 2 und 3

(Datengrundlage: Eigene Berechnung)



1 Starker Bevölkerungsrückgang

Einwohnerverluste bedeuten für einen Kreis eine sinkende Anzahl von Steuer- und Beitragszahlern, schrumpfendes Erwerbstätigenpotenzial, Immobilienwertverfall und steigende Infrastrukturkosten je Einwohner. Obwohl unter diesen Bedingungen die Anforderungen an die Zivilgesellschaft steigen, wird die Aktivierung der Bürger eher erschwert, da Regionen mit Bevölkerungsrückgang besonders ihre aktivste und gut gebildete Einwohnerschicht verlieren. Als stark schrumpfend gelten dabei Kreise, die in der Bevölkerungsprognose bis 2025 mehr als zwölf Prozent Einwohnerverlust zu erwarten haben sowie einen aktuellen Wanderungsverlust von mehr als fünf Personen je 1.000 Einwohner verzeichnen. 47 Landkreise und kreisfreie Städte fallen in diese Kategorie.

Vielfältige Problemlagen

Alterung, Bevölkerungsschwund, mangelhafte Bildung und Integrationsmängel sind die größten Probleme im Rahmen des demografischen Wandels. 108 Kreise und kreisfreie Städte erweisen sich anhand einer oder mehrerer der vier ausgewählten Indikatoren als besonders vom demografischen Wandel betroffen. Sie liegen überwiegend im Osten Deutschlands. Dabei treffen häufig mehrere Problemlagen auf ein und denselben Kreis zu. Für die Vor-Ort-Untersuchungen wurden sechs Regionen ausgewählt: der Kyffhäuserkreis in Thüringen (1), Demmin in Mecklenburg-Vorpommern (2), Wunsiedel in Bayern (3), Holzminden in Niedersachsen (4), Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz (5) und Bremerhaven (6) zum Stadtstaat Bremen gehörend.

Kreis	Cluster 1		Cluster 2		Cluster 3		Cluster 4	
	Bevölkerungsprognose 2025 Prozent	Wanderung je 1.000 Einwohner	Unter 35-Jährige Prozent	Über 74-Jährige Prozent	Ohne Schulabschluss Prozent	Jugend- arbeits- losigkeit Prozent	Kommunale Schulden Euro je Einwohner	Ausländer- anteil Prozent
1 Kyffhäuserkreis	-19,5	-10,5	31,2	9,7	7,7	10,0	1.298	1,2
2 Demmin	-23,0	-14,6	31,9	9,2	11,8	10,8	1.498	1,6
3 Wunsiedel im Fichtelgebirge	-18,0	-4,9	31,9	11,7	6,2	4,3	2.921	6,5
4 Holzminden	-12,6	-5,9	34,0	11,3	9,9	5,4	299	6,4
5 Ludwigshafen am Rhein	1,9	1,3	38,1	8,7	12,4	6,3	2.138	21,6
6 Bremerhaven	-8,7	-2,7	36,7	9,5	8,9	9,4	23.084	10,6
Deutschland	-1,5	0,4	36,8	8,6	7,0	5,0	987	8,8
Schwellenwert	< -12,0	< -5,0	< 32,0	> 9,0	> 9,0	> 8,0	> 1.300	> 10,0

2 Demografische Überalterung

Oberhalb eines Alters von 74 Jahren steigt die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Ist der Bevölkerungsanteil Hochbetagter sehr groß und sinkt gleichzeitig der Anteil jüngerer Menschen überproportional, so entstehen nicht nur enorme Belastungen für die kommunalen Haushalte, sondern es fehlen auch Menschen, die professionelle Pflege oder familiäre Unterstützung leisten können. Deshalb ist freiwilliges Engagement dort besonders wichtig.

Als deutlich überaltert gelten Kreise mit einem Anteil über 74-Jähriger von mehr als neun Prozent und einem Anteil unter 35-Jähriger von weniger als 32 Prozent. 33 Landkreise und kreisfreie Städte fallen in diese Kategorie.

3 Bildungs- und Beschäftigungsprobleme Jugendlicher

Ein hoher Anteil jugendlicher Arbeitsloser und unqualifizierter Schulabgänger ist eine schwere Hypothek auf die Zukunft einer Region. Fachkräftemangel, Perspektivlosigkeit und soziale Spannungen können die Folge sein. Auch wenn die Hauptverantwortung für Bildung beim Staat liegt, kann zivilgesellschaftliches Engagement zur Entschärfung der Lage beitragen.

Als Kreise mit erheblichen Bildungs- und Arbeitsmarktproblemen für Jugendliche gelten dabei jene mit über neun Prozent Schulabgängern, die keinen Abschluss erreichen, sowie mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über acht Prozent. 39 Landkreise und kreisfreie Städte fallen in diese Kategorie.

4 Hoher Migrantenanteil bei gleichzeitig hoher kommunaler Verschuldung

Städte und Regionen mit sehr hohen Migrantenanteilen stehen vor der Herausforderung, die Zugewanderten und ihre Kinder in das Bildungs- und Beschäftigungssystem zu integrieren. Dies ist besonders schwierig, wenn sich vor dem Hintergrund einer früheren Gastarbeiterzuwanderung vor allem gering qualifizierte Migranten in bestimmten Städten konzentrieren. Hat die Kommune zusätzlich in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt und sich hoch verschuldet, sind die Spielräume für aktive Integrationspolitik wie für kommunales Handeln insgesamt gering. Freiwilliges Engagement der Bürger ist dann häufig eines der wenigen verbleibenden Potenziale.

Als Kreise mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gelten solche mit einem Ausländeranteil von über zehn Prozent. Der Migrantenanteil, der jene Menschen mit ausländischen Wurzeln einschließt, die bereits einen deutschen Pass besitzen, ist in der Statistik nicht auf Kreisebene verfügbar. Stellvertretend wird deshalb hier der Ausländeranteil verwendet, der im Allgemeinen ungefähr halb so groß wie der Migrantenanteil ist. Als hoch verschuldet gelten hier Kreise mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 1.300 Euro je Einwohner. In 36 Kreisen, bis auf fünf Ausnahmen allesamt kreisfreie Städte, paaren sich hoher Migrantenanteil und hohe Verschuldung der Kommunen.

Aus diesen vier Problemclustern wurden sechs Regionen stellvertretend ausgewählt – jeweils in Ost- und Westdeutschland sowie in verschiedenen Bundesländern. Vier der Regionen sind Kreise im ländlichen Raum, je zwei in den neuen und alten Bundesländern: der Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern (2); der Kyffhäuserkreis in Thüringen (1); der fränkische Landkreis Wunsiedel in Bayern (3) sowie der Landkreis Holzminden in Niedersachsen (4). Zwei der ausgewählten Orte mit besonderen Haushalts- und Integrationsproblemen sind kreisfreie Städte im Westen der Republik: das zum Bundesland Bremen gehörende Bremerhaven (6) und die Industriestadt Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz (5).

1 Kyffhäuserkreis

Im Förderwunderland hat unentgeltliches Engagement einen schweren Stand

Der Kyffhäuserkreis am Südrand des Harzes in Thüringen ist vor allem für ein über 80 Meter hohes Denkmal bekannt, das einen reichlich überdimensionierten Kaiser Wilhelm I. hoch zu Ross darstellt. Es steht auf jenem Felsen, der sowohl dem Denkmal als auch dem Landkreis den Namen gab. Demografisch und wirtschaftlich geht es weniger hoch her in dem Landkreis und der 23.000-Einwohner-Kreistadt Sondershausen. Die war zu DDR-Zeiten Sitz des „VEB Kombinat Kali“, mit Tausenden von Beschäftigten einem der größten Devisenbringer des Arbeiter- und Bauernstaates. Aus den Gruben in und um Sondershausen wurden Kali- und Steinsalze gefördert, um daraus Mineraldünger herzustellen. Nach der Wiedervereinigung wurde der Kalibergbau in Sondershausen eingestellt, was Ende der 1990er Jahre zu einer Rekordarbeitslosenquote von über 30 Prozent führte. Zwar ist die Arbeitslosigkeit mittlerweile auf zwölf Prozent zurückgegangen, doch im Herbst 2010 lebten im Kyffhäuserkreis noch immer 8.000 Menschen von Hartz IV – jeder zehnte Einwohner. Bei einem Bevölkerungsverlust von mehr als elf Prozent zwischen 2000 und 2008 gehört der Landkreis zu den am stärksten schrumpfenden der Republik. Mit einem jährlich verfügbaren Einkommen von weniger als 14.000 Euro je Einwohner landet der Kyffhäuserkreis auf dem viertletzten Platz aller 413 deutschen Kreise. Allerdings leidet darunter vorwiegend die jüngere Bevölkerung. Den Pensionären des Kyffhäuserkreises – immerhin 24 Prozent der Einwohner sind über 64 Jahre alt – geht es finanziell vergleichsweise gut, denn viele von ihnen beziehen gut dotierte Bergbaupensionen.

Überraschenderweise ist rein äußerlich nichts von der prekären Situation zu merken. Baufällige, graue Häuser aus DDR-Zeiten gibt es kaum noch. Fast alle Fassaden sind frisch verputzt und strahlen in leuchtenden, erdigen Farben. Viele der regionstypischen Fachwerkhäuser sind saniert, und selbst die Plattenbauwohnungen der einstigen Bergleute sind gefällig renoviert. Über dem schicken Marktplatz thront das aufwändig sanierte Schloss, eine ehemalige Fürstenresidenz mit dem heute wohl teuersten Restaurant der Region. Die „Bergbau und Musikstadt“ Sondershausen und der Landkreis leisten sich mit dem Loh-Orchester Sondershausen sogar eine eigene Hochkultur. Seit 2006 finden jährlich „Schlossfestspiele“ mit Opern- und Konzertaufführungen statt. Vor kurzem ist es auch gelungen, die neu gegründete Thüringer Landesmusikakademie in Sondershausen anzusiedeln.

Strukturschwäche muss offenbar nicht von Nachteil sein. Der Kyffhäuserkreis qualifiziert sich durch seine problematischen sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren für ziemlich jedes Förderprogramm des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union. Wie ganz Thüringen ist er Fördergebiet A bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Er ist Fördergebiet des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume. Zusätzlich ist der Kyffhäuserkreis „Modellregion“ des Bundesprojektes „Region schafft Zukunft“, das allein sechs Millionen Euro in den Kreis spült. Die Kreisstadt Sondershausen erhält außerdem Geld aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Zusätzlich zur Strukturförderung stehen zahllose projektbezogene Fördermittel verschiedener Bundesministerien bereit – für Qualifizierung, Arbeitsbeschaffung oder Kultur.

Um auf all dieses Geld zugreifen zu können, müssen vor Ort allerdings konkrete Projekte erdacht und beantragt werden. Die Bürokratie der Antrags- und Abrechnungsverfahren muss beherrscht werden und es schadet

nicht, wenn alle involvierten Akteure, vom Antragsteller über den Projektträger, die Stadt- und Kreisverwaltung bis zur Landespolitik gut miteinander vernetzt sind und an einem Strang ziehen. Und genau darin haben es die Verantwortlichen im Kyffhäuserkreis zu einer gewissen Perfektion gebracht. Der Erste Kreisbeigeordnete, Georg Schäfer, schwärmt davon, wie bei den Behörden des Landkreises ein Rädchen ins andere greift. Über die Jahre sei es gelungen, die fähigsten Personen in entsprechende Positionen zu bringen, um Fördermittel optimal abzuschöpfen. Unter diesen Umständen verschwimmen weitgehend die Grenzen zwischen dienstlichem und freiwilligem Engagement – oder es gerät in Vergessenheit, was das eine vom anderen unterscheidet. Das Engagement im Jugendbereich sei in keinem anderen Kreis Thüringens annähernd so hoch wie im Kyffhäuserkreis, meint Georg Schäfer. Als Beleg dafür nennt er die Höhe der abgerufenen Fördermittel: Sieben Millionen Euro aus Bundes-, Landes- und EU-Programmen für den Kinder- und Jugendbereich flossen in den vergangenen zehn Jahren hierher.

Da gab es das Programm „Kompetenzagentur“, das jungen Menschen mit „multiplen Problemlagen“ sozialpflegerische Hilfe leistete, oder „Guter Start ins Kinderleben“, das sich für die „Förderung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen in prekären Lebenslagen im frühen Lebensalter“ einsetzte. Oder das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“, mit dem „soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort“ aktiviert werden sollten. Ferner „Civitas“, ein Programm gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland, und „Lokale Aktionspläne für Demokratie und Toleranz“. Über ein gerade angelaufenes Projekt „Lernen vor Ort“ wird berichtet, und dass man sich bald für das Förderprogramm „Neue Lernkultur in Kommunen“ bewerben wird. „Wir haben ein sehr gutes Jugendamt“, sagt Schäfer, „dort sind Leute an der Spitze, die kaum ein Programm auslassen“.

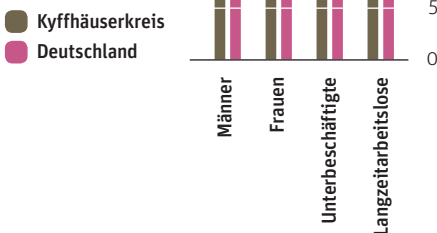
Hohe Arbeitslosigkeit im Kyffhäuserkreis

Im thüringischen Kyffhäuserkreis gab es im Oktober 2010 etwa 5.000 Arbeitslose. Das ist knapp jeder achte Einwohner im Erwerbsalter. Die Anzahl der Arbeitslosen erhöht sich auf über 7.000 wenn alle Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder einer beruflicher Weiterbildung des Arbeitsamtes mitgezählt werden und sich somit in der Unterbeschäftigungsquote von 19,5 Prozent finden. In den letzten Jahren konnte der Kreis seine Arbeitslosenzahlen deutlich reduzieren. Die günstigere Arbeitsmarktsituation ist auch Folge der jahrelangen Abwanderung und der zunehmenden Verrentung, die Arbeitsplätze frei macht.

Im Rahmen des Programms „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“, wofür der Landkreis im laufenden Jahr bereits 100.000 Euro erhalten hat, gibt es sogar noch einen Nachschlag. Denn das Programm wurde bundesweit nicht ausgeschöpft – und die Leute vom Kyffhäuser sind um gute Projektanträge nicht verlegen. Als einer von ganz wenigen Kreisen hat es der Kyffhäuserkreis auch geschafft, Fördermittel für zwei Mehrgenerationenhäuser zu erhalten – obwohl es diese Unterstützung vom Bund normalerweise nur ein Mal pro Landkreis gibt.

Fragt man jedoch nach freiwilligem, unentgeltlichem Engagement innerhalb dieser Projekte, so wird man kaum fündig. Oft kommen lediglich aus Projektmitteln bezahlte Sozialarbeiter oder andere Fachkräfte zum Einsatz, die bei den antragstellenden Projektträgern beschäftigt sind. Und diese müssen ihre Arbeit wieder einstellen, wenn ein Förderprogramm ausläuft. Eine Ehrenamtsagentur beispielsweise, die im Jahr 2001 mit Hilfe eines Bundesförderprogramms eingerichtet wurde, existiert längst nicht mehr. „Gewöhnliche“ Engagierte können von den zahllosen Förderprogrammen nicht profitieren. Das könnten nur wenige Experten, räumt Georg Schäfer ein.

Anteil Arbeitsloser und Unterbeschäftigter an den Erwerbspersonen sowie Anteil Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Prozent im Oktober 2010 (Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)



„Ehrenamt, Ehrenamt, Ehrenamt – das ist eine Utopie, die nicht greifen wird“

Eines der beiden Mehrgenerationenhäuser des Landkreises hat sich aus der Frauen- und Familienbegegnungsstätte „Düne“ heraus entwickelt. Zu dem anfangs rein ehrenamtlich geführten Schutzraum für Mütter und Kinder stieß die heutige Koordinatorin des Mehrgenerationenhauses, Monika Schreier, einst als Arbeitssuchende. Zunächst war sie in mehreren Kurzzeitprojekten beschäftigt – bis sich der Verein um das Mehrgenerationenhaus-Projekt bewarb und den Zuschlag erhielt. Mithilfe dieses Förderprogramms bezahlt er derzeit eine Hauptamtliche, drei Minijobber und viele Honorarkräfte. Doch das zumindest theoretische Ziel aller Förderprogramme, Einrichtungen wie das Mehrgenerationenhaus dauerhaft und selbsttragend in der Region zu verankern, dürfte Illusion bleiben.

Dass es nach dem Ende der fünfjährigen Förderperiode 2011 mit dem Mehrgenerationenhaus weitergeht, glaubt auch Monika Schreier nicht. Die frühere Familienministerin

Ursula von der Leyen, die das Mehrgenerationenhaus-Konzept einst initiiert hatte, habe zwar gefordert, dass sich alles irgendwann ehrenamtlich tragen solle. Doch das sei eine Utopie, meint Schreier. Die vielen Langzeitarbeitslosen in der Region seien oft zu frustriert, um sich zu engagieren. Vor allem aber wollten sie auch mal etwas Geld verdienen. Viele „Freiwillige“ erhalten deshalb für ihr Engagement in den Angeboten des Mehrgenerationenhauses eine Vergütung. So bekommen jene, die Dienstleistungen für Ältere erbringen, etwa für sie einkaufen oder sie zum Arzt fahren, 2,50 bis drei Euro je Stunde als Aufwandsentschädigung. Auch an die Übernahme der laufenden Kosten des Mehrgenerationenhauses durch die Kommune glaubt Monika Schreier nicht: „Man denkt im Ministerium, die Kommune ist so begeistert von dem Projekt, dass sie die 40.000 Euro jährlich selbst zur Verfügung stellt. Doch die Kommune wird nichts geben.“ Die Idee, lokale Unternehmen könnten als Sponsoren einspringen, hält sie für nicht umsetzbar. Im Kyffhäuserkreis gebe es keine größeren Firmen, und den kleinen gehe es wirtschaftlich nicht besonders gut – oder sie hätten wenig Interesse an lokalem Sponsoring.

Auch für Petra Schmid, die Geschäftsführerin der örtlichen Volkssolidarität, des in Ostdeutschland wichtigsten Wohlfahrtsträgers, scheint es selbstverständlich, dass freiwilliges Engagement vergütet wird. Die Volkssolidarität widmet sich vorwiegend älteren Menschen. Sie betreibt Seniorenbegegnungsstätten und betreute Wohngruppen. Auf etwa 70 fest Angestellte im Kreisverband kämen ungefähr doppelt so viele Freiwillige. Etwa die Hälfte von ihnen werde bezahlt. Wer Zeit in den betreuten Wohngruppen einbringt und dort Alte und Demente betreut, aber auch wer Veranstaltungen organisiert und Nachbarschaftshilfe leistet, erhält pauschal 175 Euro monatlich – die gesetzlich zulässige „Übungsleiterpauschale“. Dafür müsse sich allerdings niemand verpflichten, einen bestimmten Umfang an Tätigkeiten zu erledigen, sagt Petra Schmid. Denn dann sei die Sache nicht mehr freiwillig.

Zahlreiche Engagierte bei der Volkssolidarität sind arbeitslos und bemühen sich, ihr Engagement als Sprungbrett in bezahlte Arbeit zu nutzen. Wenn Petra Schmid eine Stelle zu besetzen hat, versucht sie das grundsätzlich aus dem Pool der freiwilligen Helfer zu tun. Für die Volkssolidarität seien Freiwillige eine unerlässliche Stütze, doch es sei schwierig, über Arbeitssuchende hinaus jüngere Menschen ohne Entgelt zu gewinnen: „Die fragen: ‚Was bekomme ich dafür? Ohne Moos nix los!‘“

Dank der umfangreichen Förderlandschaft kann es in Sondershausen allerdings auch engagierten Bürgern gelingen, Großes zu leisten – wie den Mitgliedern des Fördervereins Cruciskirche. In den 1990er Jahren war das örtliche Gotteshaus, nach dem Sondershauser Schloss das zweitälteste Gebäude der Stadt, nicht viel mehr als ein Haufen Schutt. Wolfgang Wytrieckus, damals Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft, musste den Anblick der Ruine täglich von seinem Büro aus ertragen. Im Jahr 2001 gründete er zusammen mit anderen einen Förderverein, um zumindest den weiteren Verfall zu stoppen. In Eigenleistung wurden zunächst drei

Gewölbegräber der Kirche saniert. Schließlich reifte ein großer Plan: Inmitten der alten Kirchenmauern sollte ein Bürgerzentrum entstehen.

Glücklicherweise war das Wohngebiet um die Ruine Zuwendungsgebiet des Förderprogrammes „Soziale Stadt“. Allerdings musste die Stadt einen Eigenanteil leisten, um diese Förderung zu erhalten, wofür, wie so oft, kein Geld zur Verfügung stand. Der Förderverein Cruciskirche erklärte sich bereit, nicht nur den kompletten Projektablauf selbst zu managen, sondern auch die Hälfte des erforderlichen städtischen Eigenanteils aufzubringen – durch Spenden und Arbeitsleistungen. Als der Kyffhäuserkreis bald darauf auch noch Modellregion des Bundesprogrammes „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ wurde, verhalf das dem Bauprojekt zu weiterem Geldsegen. Mittlerweile ist das Denkmal saniert und das Bürgerzentrum im Rohbau fertig. Unter den etwa 90 Mitgliedern des Fördervereins sind nicht nur Bürger, sondern auch Projektbüros, Bau- und Industriebetriebe, die Stadtverwaltung und die Stadtwerke. Die Vereinsmitglieder legten auch selbst Hand an, vier bis fünf von ihnen seien täglich auf der Baustelle anzutreffen,

meint Wytrieckus. Das Vorzeigeprojekt Cruciskirche erhielt 2009 einen „Ehrenpreis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur“. In dem gerade abgeschlossenen Bauabschnitt, der 420.000 Euro gekostet hat, hat der Förderverein 20.000 Euro in bar und 40.000 Euro in Eigenleistungen investiert. Die restlichen 85 Prozent sind Fördermittel.

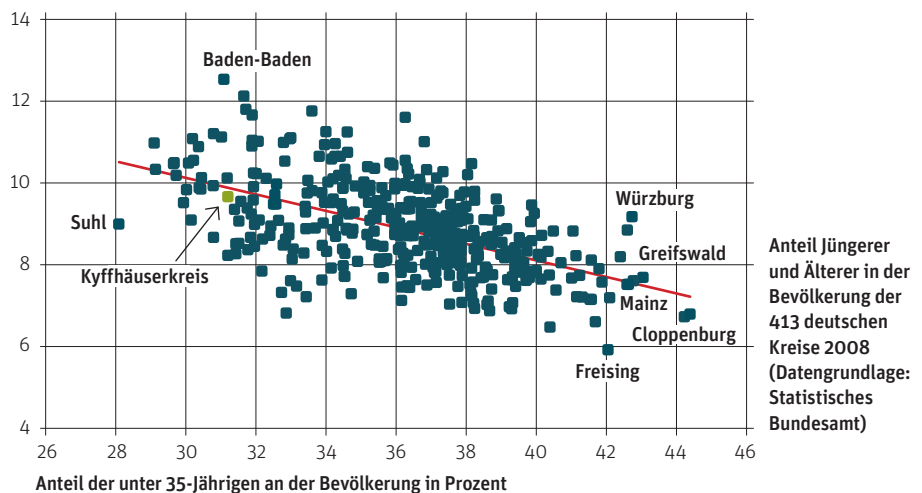
„Ich glaube, ein wirklich zukunfts-fähiges Projekt ist das nicht“

Engagement, das sich nicht auf eine so breite Basis von Experten und Unternehmen stützen und entsprechende Förderquellen anzapfen kann, hat es schwer. In dem Sondershausener Stadtteil Großfurra bewahrt ein Bürgerverein mit Mühe ein Freibad vor der Schließung. Das Schwimmbad war in den 1970er Jahren mit Unterstützung des Kaliwerks und mit Arbeitsleistungen vieler Bürger Großfurras aufgebaut worden. Die Kosten des Betriebs in Höhe von jährlich 70.000 Euro waren der Stadt Sondershausen nach der Eingemeindung von Großfurra Ende der 1990er Jahre zu hoch. Doch die Bürger Großfurras stemmten sich gegen die scheinbar unvermeidliche Schließung. Seit nunmehr sieben Jahren

Anteil der Jüngeren ist regional unterschiedlich verteilt

Der Anteil der Älteren nimmt in Deutschland stetig zu. Während Universitätsstädte und vormals kinderreiche Regionen in Bayern oder Niedersachsen in dem Verhältnis von Jung und Alt relativ gut dastehen, müssen sich vor allem ländliche Kreise um eine wachsende Zahl Älterer kümmern. Im Kyffhäuserkreis in Thüringen ist nur noch jeder dritte Einwohner jünger als 35 Jahre (31 Prozent) und bereits jeder Zehnte älter als 74 (zehn Prozent). Dagegen leben in den Universitätsstädten Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern und Mainz in Rheinland-Pfalz rund 43 Prozent Junge und nur acht Prozent Ältere.

Anteil der über 74-Jährigen an der Bevölkerung in Prozent



finanziert die Kommune in den beiden Sommermonaten Juli und August nur noch die Betriebskosten des Bades und stellt den obligatorischen Bademeister. Im Gegenzug muss der Badesportverein den Jahresbeitrag aller Mitglieder an die Stadt abführen, sämtliche anfallenden Instandhaltungsarbeiten übernehmen und auch den laufenden Betrieb des Bades mit freiwilligen Helfern und Spenden sicherstellen.

Sabine Trute, ehemalige Vorsitzende des Badesportvereins Großfurra, beklagt, dass die Beteiligung seit der Gründungseuphorie mehr und mehr erlahmt. Ein Freibad zu betreiben ist eben nicht dasselbe wie geselliges Beisammensein in einem Schützenverein. Jeden 1. Juli muss das Freibad öffnen und sämtliche Sicherheits- und Hygienebestimmungen erfüllen. Es muss klar sein, wer wann an der Kasse sitzt und welcher Rettungsschwimmer Dienst tut. Zwar kämen viele Jugendliche gern zum Schwimmen ins Bad, zur Mitarbeit im Verein seien sie jedoch nicht leicht zu gewinnen, dort sind Jugendliche knapp. Auch die wachsende Zahl rüstiger und gut qualifizierter Pensionäre sieht Sabine Trute nicht als zukunftsichernd für den Verein. Rentner übernehmen eher überschaubare Aufgaben, wie Kassierung oder Reinigungsarbeiten. Die Leitung und Koordination des Badesportvereins könnten sie aber nicht leisten.

Als Trute nach fünf Jahren die anspruchsvolle Tätigkeit der Vereinsvorsitzenden abgeben wollte, war es sehr schwierig, einen Nachfolger zu finden. Schließlich war es wieder ein Berufstätiger, der sich überzeugen ließ.

„Ich glaube, ein wirklich zukunftsträchtiges Projekt ist das nicht“, meint die ehemalige Vorsitzende ernüchtert. Es sei sehr schwierig, die Leute bei der Stange zu halten. Zu dem permanenten Druck, das Freibad allein mit Freiwilligen zu betreiben, kamen auch rechtliche Schwierigkeiten. So hatte der Verein Probleme, weil das zuständige Finanzamt den Betrieb eines Freibades nicht als eine gemeinnützige Angelegenheit sehen wollte.

Auch verlangt die Stadt Sondershausen, dass zusätzlich zum städtischen Schwimmmeister immer noch ein weiterer Rettungsschwimmer im Freibad Dienst tun muss. Dafür sind Freiwillige nicht leicht zu motivieren. Finanziell hat der Badesportverein Großfurra kaum Spielraum. Zwar gibt es zwei Ein-Euro-Jobber, und für einen davon kommt die Kommune auf. Doch selbst die 750 Euro, die für den anderen halbjährlich zu zahlen sind, seien für den Verein kaum zu finanzieren – der Jahresbeitrag der Vereinsmitglieder liegt nur bei zwölf Euro. Trute schätzt, dass 5.000 Euro im Jahr die anstehenden Kosten im Freibad decken würden. Doch selbst diese vergleichsweise geringe Summe ist sehr schwer aufzutreiben. Größere Sponsoren in der Region lassen sich nicht finden.

Sabine Trute räumt ein, dass der Verein vielleicht ein besseres Marketing bräuchte. Sie weiß, dass es Schulungen, Förderdatenbanken und Engagementwettbewerbe gibt. Doch um all das für den Badesportverein zu nutzen, bräuchte sie jemanden, der genügend Zeit hat, einen engagierten Rentner etwa: „Wir sind viel zu sehr damit beschäftigt, das Ding am Laufen zu halten.“

Fazit

Echtes freiwilliges, unentgeltliches Engagement für das Gemeinwohl kann sich im Kyffhäuserkreis nur schwer entfalten. Fast alle Formen des Engagements sind eingebettet in eine kaum zu durchschauende Förderlandschaft. Wer sich hier nützlich macht, ist in Wirklichkeit oft auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder nach Fördermitteln. Vielfach sind die öffentlich geförderten Programme zeitlich befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für lokale Sozialarbeiter. Sie sprechen Freiwillige kaum an. Selbst wenn die so ins Leben gerufenen Projekte sinnvoll sind, haben sie kaum Chancen, nach Auslaufen von Förderprogrammen von

Sponsoren oder Kommunen in der Region weiterfinanziert zu werden – und verschwinden. Private Förderungen durch Sponsoren und Stiftungen spielen kaum eine Rolle, vor allem weil finanzkräftige Unternehmen mit regionaler Verwurzelung rar sind.

Wo aber „Engagement“ durch Transferleistungen und externe Fördermittel angeregt wird, verfestigt sich der Glaube an die alleinige Zuständigkeit des Staates für das Gemeinwohl, der in Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland tief verwurzelt ist. Selbst verantwortliche Personen im Bereich der Wohlfahrtspflege sind der Ansicht, der Einsatz von freiwillig Engagierten sei eine Form der Ausbeutung. Umgekehrt werden Vereine vielfach gegründet, um Zugriff auf Fördermittel und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu erhalten. Oft verschimmelt freiwilliges Engagement mit einem „Sozialunternehmertum“, das darauf gerichtet ist, in optimaler Weise Fördermittel abzuschöpfen.

Das traditionsverwurzelte Arbeitermilieu der ehemaligen Bergbauregion ist für freiwilliges, unentgeltliches Engagement nur schwer zu gewinnen. Eine gewisse Bezahlung durch Aufwandsentschädigungen wird in der Regel erwartet. In der großen und wachsenden Gruppe der vergleichsweise wohlhabenden Pensionäre dominieren die unterhaltungsorientierten Rentner, die viel reisen und ihren eigenen Interessen nachgehen. Gleichzeitig fehlt es kleineren Initiativen aus der Bürgerschaft an Beratung, an aktiven Mitmachern und Sponsoren. Ihre Arbeit ist gefährdet, obwohl die nötigen finanziellen Mittel oft nur im Bereich einiger Tausend Euro liegen. Solche Vereine sind zu klein und zu unprofessionell, um die bürokratischen Anforderungen der Förderprogramme zu erfüllen.

2 Landkreis Demmin

Echtes Engagement wird aus der Not geboren

Mit 42 Einwohnern je Quadratkilometer ist der Landkreis Demmin in Vorpommern einer der am dünnsten besiedelten Kreise Deutschlands. Die Menschen verteilen sich auf 69 Gemeinden, von denen viele wiederum aus mehreren Dörfern mit oft nur um die 100 Einwohner bestehen. Die Kreisstadt Demmin ist mit 12.000 Einwohnern der größte Ort weit und breit. Bis nach Rostock, der nächsten Großstadt, sind es knapp 80 Kilometer. Der Kreis Demmin hat die höchste Abwanderungsrate aller Landkreise in Deutschland. In den vergangenen Jahren verließen jährlich knapp 1,5 Prozent der Bevölkerung ihre Heimat. Nur in den kreisfreien Städten Suhl im Thüringer Wald und in Frankfurt/Oder ist der Aderlass größer.

In Demmin wurde schon zu DDR-Zeiten vorwiegend Landwirtschaft betrieben. Auch heute arbeiten hier noch fast zehn Prozent der Erwerbstätigen im Agrarsektor. Seit 1991 ist insgesamt jeder dritte Arbeitsplatz in der Region weggefallen. Das größte wirtschaftliche Aushängeschild ist das Werk des Fertigerichte-Herstellers Pfanni in Stavenhagen, darüber hinaus haben noch die Discounter Aldi und Netto ihre Zentrallager für Mecklenburg-Vorpommern im Landkreis. Sonst gibt es keine größeren Arbeitgeber. Auch der Tourismus ist marginal. Wer sich im Norden erholen will, fährt an die Ostsee oder an die Mecklenburgischen Seen. Um Demmin herum gibt es nur Wiesen und Felder. Der Anteil Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrug im Jahr 2008 etwa 17 Prozent – der höchste Wert in ganz Deutschland.

Da ein bürgerliches Aufsteigermilieu nach 20 Jahren Abwanderung weitgehend fehlt, gibt es nur wenige, die das Schicksal ihrer Region selbst in die Hand nehmen wollen und können. Unsere Interviewanfragen zum Thema „freiwilliges Engagement“ stoßen im Landkreis auf wenig Interesse, und zur abschließenden Gruppendiskussion erscheinen mehrere Gesprächspartner trotz Zusage nicht. Von einer Vertreterin des Mehrgenerationenhauses in Stavenhagen, etwa 20 Kilometer von der Kreisstadt entfernt, erfahren wir, dass dort über einen „Schach-Opa“ hinaus kaum freiwillig Engagierte eingebunden sind. Lediglich ein bereits vorhandener Kindergarten wurde mit den Geldern des Mehrgenerationenhauses um einige Angebote erweitert.

Dem Landkreis stehen über das EU-Programm „Leader“ in der aktuellen siebenjährigen Förderperiode etwa 5,5 Millionen Euro zur „Förderung der ländlichen Entwicklung“ zur Verfügung, die durch Projektanträge von Kommunen, Vereinen oder Privatpersonen abgerufen werden können. Doch als Christina Lewerenz, Regionalmanagerin und zuständig für die Vergabe der Fördermittel, im Jahr 2007 ihren Job antrat, stellte kaum jemand Anträge. Es habe einige Zeit gedauert, bis sich die Existenz dieser Fördermittel herumgesprochen hatte. Mit Anzeigen in der Lokalzeitung wollte sie das Programm bei Bürgern und Vereinen bekannter machen. Denn „Leader“ soll auch Projekte fördern, die „von unten“ entwickelt werden und „Stärken stärken“. Regionalmanagerin Lewerenz hadert mit sich selbst: Prinzipiell sei sie für eine stärkere Förderung der gewichtigeren Zentren – doch solche gebe es im Landkreis kaum. So sei man darauf bedacht, dass alle Gemeinden etwas von dem Geld abbekommen. Im Landkreis Demmin stammen 90 Prozent aller Anträge von den Kommunen. Offenbar liegt das „Stärken stärken“ nicht zwingend im Interesse der lokalen Arbeitsgemeinschaft, die über die Förderungswürdigkeit der Anträge befindet. Denn darin sitzen, neben Vertretern von Vereinen und Verbänden Delegierte aller Kommunen, und alle wollen etwas von der Förderung abbekommen.

Die vom EU-Programm vorgeschriebene nachträgliche Evaluierung, ob die in den Projekten angeschobenen Angebote auch genutzt werden, sei nicht sehr aussagekräftig. Denn niemand prüfe die tägliche Auslastung eines mit Fördermitteln gebauten Gemeindezentrums wirklich nach. Zwar gebe es den Richtwert, dass ein solches Zentrum an 100 Tagen im Jahr genutzt werden soll, doch dies könne man sich auch „schönrechnen“, sagt Lewerenz.

Dass nur wenige Anträge aus der Zivilgesellschaft kommen, hat verschiedene Gründe. Kommunen erhalten über den Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung 80 Prozent der Projektkosten als Zuschuss und müssen nur 20 Prozent Kofinanzierung einbringen. Privatpersonen oder Vereine müssen jedoch 50 Prozent der Gesamtsumme selbst stemmen und für zusätzliche 20 Prozent eine öffentliche Kofinanzierung beschaffen – das funktioniert in der strukturschwachen Region höchst selten. Auch kreative Ideen sind rar. „Man braucht die Macher, und man braucht Zeit für die Anträge“, sagt Christina Lewerenz. „Die ehrenamtlichen Bürgermeister haben diese einfach nicht und sind froh, wenn ihre Ämter die Anträge stellen.“ Und so sind unter den 21 „Leader“-Projekten, die 2010 gestartet sind, gleich acht Spielplätze, eine Art „Trimm-dich-Pfad“ und eine Bade-stelle. Eine regelmäßige Antragstellerin ist Petra Dinse in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der „Malchiner Bibliotheksfreunde“ und hauptamtliche Bibliothekarin in der städtischen Bibliothek. Bereits 1993, als die Stadt Malchin die Trägerschaft für die Stadtbibliothek übernahm, wurde vereinbart, dass die Stadt kein Geld für Veranstaltungen im Bibliothekshaushalt bereitstellt, sondern lediglich Fördermittel an einen zu gründenden Verein zahlt. Seitdem organisieren die „Bibliotheksfreunde“ Lesungen, schicken Vorlesepaten in Kindergärten und veranstalten das jährliche Bücherfest. Der Verein mit seinen etwa 20 Mitgliedern sorgt über Beiträge und Sponsorengelder auch dafür, dass Kinderbücher angekauft werden. Petra

Dinse ist klar, dass die Kommunen bestimmte kulturelle Aufgaben nie mehr werden übernehmen können und privates Engagement deshalb unabdingbar ist. Dennoch macht sie sich Sorgen, dass hauptamtliches Personal in der Kultur völlig wegrationalisiert werde. So käme es häufig vor, dass Bürgermeister nach der Verrentung hauptamtlicher Bibliotheksangestellter für einen ehrenamtlichen Ersatz plädierten.

Wenn Kommunen kulturelle Aufgaben auf Vereine verlagern, braucht es für diese Arbeit nicht nur ehrenamtliches Personal, sondern auch externe Gelder für die laufenden Kosten. Und das stellt die „Malchiner Bibliotheksfreunde“ vor neue Probleme. Eine pensionierte Lehrerin, die Petra Dinse in die Beantragungsbürokratie einzuarbeiten versucht hatte, gab kürzlich entnervt auf. Die meisten Vereinsmitglieder sind bereits im Rentenalter und haben nicht einmal einen Computer zu Hause. Fördermittel zu beantragen und abzurechnen, verlangt jedoch erhebliche buchhalterische Fähigkeiten – auch weil manche Regelungen schlichtweg absurd sind. So ersetzt der Landkreis den Autoren, die vom Verein zu Lesungen aus ganz Deutschland eingeladen werden, lediglich jene Fahrtkosten, die auf dem Gebiet des Landkreises anfallen. Und die Stadt Malchin fördert Vereine gemäß der Anzahl ihrer Mitglieder – jedoch nur, wenn sie den Wohnsitz in Malchin haben. Für viele der „Malchiner Bibliotheksfreunde“, die in den umliegenden Dörfern wohnen, gibt es kein Geld.

„Die Menschen müssen lernen, miteinander leben zu wollen“

Außerhalb der größeren Orte Demmin, Malchin oder Stavenhagen finden sich zahlreiche winzige Dörfer, in denen kein öffentliches Leben mehr stattfindet. Orte, von denen viele zum Verschwinden verurteilt sein dürften. Doch zu unserer Überraschung gibt es auch solche, in die echtes Dorfleben zurückkehrt. So ein Ort ist das etwa 80 Einwohner zählende Gessin.

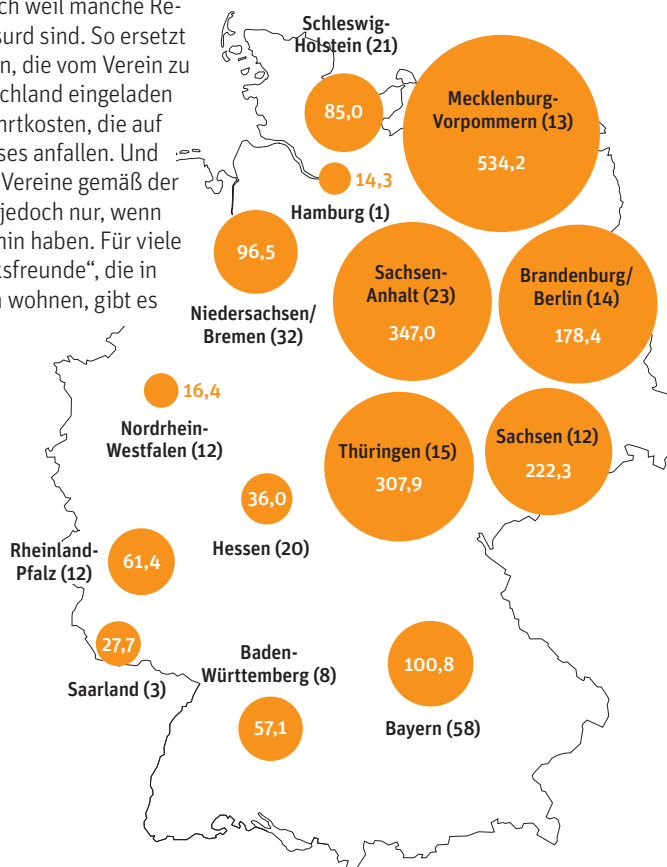
Im Land der Gutsherren, Großgrundbesitzer und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wohnten in den meisten Dörfern keine eigenständigen Bauern, sondern Landarbeiter. Gessin hingegen blieb mit seinen elf Bauernhöfen, von denen acht noch immer existieren, bis zur sozialistischen Zwangskollektivierung die Ausnahme. Diese Struktur des klassischen Bauerndorfs bilde

noch heute die Basis für das außergewöhnlich hohe Maß an Gemeinsinn, das seine Bewohner verbindet, meint Bernd Kleist, der einst in den „Mittelhof“ von Gessin eingehieiratet hat. Mittelhöfe hatten traditionell gemeinschaftliche Aufgaben zu erfüllen – in Gessin bedeutete dies unter anderem die Verantwortung für Kirchkapelle und Friedhof. Um diese Verpflichtungen, die ihm über den Kopf wuchsen, „auszulagern“, gründete Kleist vor sieben Jahren den „Mittelhofverein“, in dem aus fast jedem der ansässigen Höfe und Haushalte mindestens eine Person Mitglied wurde. Am Anfang wollte der Verein lediglich Fördermittel für die Sanierung und Pflege der Kapelle akquirieren. Zum Kern der Dorfgemeinschaft wurde er erst, als Mittelhofbesitzer Kleist vor der Frage stand, ob er Teile seines riesigen Gehöfts abreißen sollte, weil er es weder finanzieren noch nutzen konnte. Der „Mittelhofverein“ beschloss, eines der Gebäude zu einem Dorfgemeinschaftshaus umzubauen. „Ihr müsst mir versprechen, dass wir das gemeinsam machen“ redete Kleist seinen Nachbarn damals ins Gewissen. „Und ihr müsst es auch nutzen!“

Bei der Sanierung des Gebäudes halfen viele mit – und natürlich flossen auch Fördermittel an den Verein. Zu einem „Fußballabend“ für die Männer im Fernsehraum des Mittelhofes kam bald ein Tanzabend für die Frauen. Je mehr Veranstaltungen die Gessiner ausrichteten, desto mehr Räume

Mecklenburg-Vorpommern mit den höchsten pro Kopf Fördermitteln aus dem Eler-Programm

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (Eler) stellt Mittel für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und zum Schutz des ländlichen Kulturerbes zur Verfügung. Mit den Geldern werden Junglandwirte unterstützt, Betriebsgebäude modernisiert, der Fremdenverkehr gefördert oder Dörfer in ländlichen Regionen (Leader-Regionen) saniert. In den dünn besiedelten Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns fließen die meisten Gelder pro Kopf. Der Landkreis Demmin ist eine von 13 Leader-Regionen in dem Bundesland, und die Eler-Mittel kamen 2010 rund 21 Projekten in der Region zugute.



Anzahl der Leader-Regionen (in Klammern) und Höhe der Eler-Mittel pro Kopf in Euro 2007 bis 2013 (Datengrundlage: Europäische Kommission)

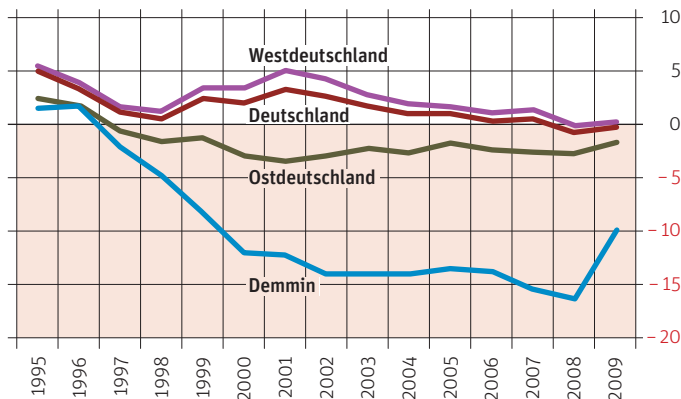
im Dorfgemeinschaftshaus richteten sie her. Es gründete sich eine Malgruppe und eine Gruppe zum Flechten von Körben. Mittlerweile gibt es zwei Keramikgruppen, je eine für Kinder und für Erwachsene, einen Seniorenabend und eine Männer-Kochgruppe. Für dieses „soziale Projekt für Männer“ musste erst mal eine Küche ins Dorfgemeinschaftshaus eingebaut werden, wofür Mittel des Sozialministeriums von Mecklenburg-Vorpommern angezapft werden konnten. In einem Raum mit vier Computern lernen Senioren den Umgang mit dem Rechner – das ist enorm wichtig in der dünn besiedelten Region, in der sich Bankgeschäfte fast nur noch elektronisch erledigen lassen. Auch mobile Dienstleister nutzen den Mittelhof, denn deren Läden sind aus den winzigen vorpommerschen Dörfern längst verschwunden: Mittwochs etwa kommt der Friseur. Die Unterhaltungskosten des Gebäudes, etwa 10.000 Euro pro Jahr, werden durch die Nutzungsentgelte und durch Veranstaltungen gedeckt, bei denen der Verein Gewinn macht.

Besucher des Mittelhofes sind längst nicht mehr nur Gessiner. Sie kommen auch aus den umliegenden Dörfern, in denen ein solches lebendiges Zentrum fehlt. „Es gibt viele öffentlich geförderte Dorfgemeinschaftshäuser, wo nichts passiert“, sagt Kleist. Der Mittelhof wurde hingegen im Jahr 2009 an 320 Tagen genutzt. Gerade gab es in Gessin eine große Herrentagsparty, mit etwa 1.000 Besuchern. Den Gessinern und dem „Mittelhofverein“ ist es gelungen, ihr vermeintlich zum Sterben verurteiltes Kleinstdorf wiederzubeleben. Jetzt wollen sogar wieder Menschen zuziehen. Das Pflegen der Dorfgemeinschaft, so Kleist, ist eine Bedingung dafür, dass die Dörfer in einer so dünn besiedelten Region nicht veröden: „Die Menschen müssen lernen, miteinander leben zu wollen. Da, wo das Miteinander nicht kommt, will keiner mehr hin.“

Hoher Wanderungsverlust

Der Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1997 mit Wanderungsverlusten zu kämpfen, die zu den höchsten in Deutschland zählen. Im Jahr 2009 sind erstmals wieder weniger Einwohner abgewandert, was das Wanderungsminus von 15 auf zehn Demminer je 1.000 reduzierte. Aufgrund des Geburtenknicks nach der Wende sinkt auch die Zahl der potenziellen jungen Abwanderer, die zwecks Ausbildung und besseren Jobaussichten ihrer Heimat den Rücken kehren.

Jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner 1995 bis 2009 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Geld sei dabei nicht unbedingt das Problem. Es gebe genug Fördermöglichkeiten, meint Kleist. Der „Mittelhofverein“ selbst nutzte Fördermittel zur Dorferneuerung und zur Solarförderung. Er hat über das Programm „Kommunal-Kombi“ sogar für drei Jahre zwei Angestellte beschäftigt, die den Verein jeweils nur 190 Euro im Monat kosten. Doch zahlreiche Verfahren seien kompliziert, vielen Engagierten fehle es an Informationen und Unterstützung bei Anträgen. So müsse man dreimal Anträge stellen, um von dem Programm „Kommunal-Kombi“ Geld zu erhalten, zu dem Bund, Land und Landkreis zuzahlen. Förderprogramme, etwa von den Ministerien, seien nicht untereinander abgestimmt, und dieses Förderwirrwarr könnten nur Profis durchdringen. Bernd Kleist ist selbst Teil eines Netzwerks von Vereinen und Initiativen der Region, das sich einmal im Monat trifft, um die bürokratischen Anforderungen zu bewältigen. Der Verwaltungsangestellte Kleist erläutert dort beispielsweise, wie Buchhaltungssoftware in Vereinen anzuwenden sei. Ein anderes Mal erklärt jemand das Gaststättenrecht, welches auch Vereine beachten müssen, wenn etwa im Dorfgemeinschaftshaus Speisen und Getränke angeboten werden.

„Wir brauchen Führungskräfte und Menschen, die bereit sind, private Mittel einzusetzen“

Etwa 40 Kilometer von Gessin entfernt, in dem kaum größeren 100-Seelen-Dorf Törpin, kämpft ein anderer Engagierter: Helmut Pratzel hat vor dem Bau der Mauer in Greifswald studiert, sein Berufsleben aber in München verbracht. Danach kam er nach Vorpommern zurück und ließ sich in Törpin nieder. Er erwarb einen völlig heruntergekommenen, ehemaligen Gasthof und baute ihn zu seinem Wohnhaus um. Helmut Pratzel ist ein umtriebiger Mensch: Er hat eine Dorfchronik verfasst und einen Seniorenbeirat gegründet. Um die Bevölkerung einzubinden und besser Förderanträge stellen zu können, rief er den Verein „Törpiner Forum“ ins Leben. Bald kaufte der frühere Professor für Medizin auch die gegenüber liegende ehemalige Schule und machte sie zu einem Gemeinschaftshaus. Helmut Pratzel steckt auch eigenes Geld in die Projekte. Etwa 50.000 Euro hat er privat in das Dorfgemeinschaftshaus investiert, Fördermittel flossen aus dem „Leader“-Topf und vom Sozialministerium des Landes. Als Mediziner ist ihm die Aktivierung der Älteren besonders wichtig. Montags findet im frisch renovierten Gemeinschaftshaus jetzt immer

ein Volksliedersingen statt, zu dem etwa 20 bis 25 Senioren aus den umliegenden Dörfern kommen. Das Liederbuch dafür hat Pratzel selbst entwickelt. Freitags trifft sich hier eine Gruppe, die alte niederdeutsche Tänze einstudiert. Helmut Pratzel hat es sogar geschafft, im Gemeinschaftshaus eine Bibliothek und mehrere Computerarbeitsplätze einzurichten.

Die Aktivitäten des Professors haben Leben ins Dorf gebracht, von dem auch die umliegenden Orte profitieren. Allerdings bleibt Helmut Pratzel ein Einzelkämpfer. Er überlege sich schon, sagt Pratzel, wie es ohne ihn einmal weitergehen könnte. Aber ein möglicher aktiver und kreativer Nachfolger ist weit und breit nicht in Sicht.

Bei Helmut Pratzel ist das Entwickeln von förderfähigen Projekten zu einer Art Sozialunternehmertum geworden. In seinem Haus hat er ein Büro eingerichtet, wo auf einem mächtigen Schreibtisch die Förderanträge in Reih und Glied ihrer Bearbeitung harren. Pratzel hat einen Kreativzirkel gegründet, in dem Langzeitarbeitslose mit Stoff, Holz, Papier und Farbe arbeiten. Das soll einerseits deren kreative Seiten zutage fördern und schlummernde Interessen wecken. Andererseits gelingt es so auch, an Sachmittel für das Törpiner Forum zu kommen, die für jeden beschäftigten Hartz-IV-Empfänger von der Arbeitsagentur bezogen werden können. Das Entkernen des maroden Dorfgemeinschaftshauses und einiges an grober Arbeit übernehmen Ein-Euro-Jobber.

„Wir brauchen Führungskräfte“, sagt Helmut Pratzel, „dann kann so etwas in vielen Regionen entstehen. Und wir brauchen die Bereitschaft, auch private Mittel einzusetzen. Denn die Kassen sind alle leer.“ Pratzel hofft, dass sich mehr wohlhabende Pensionäre in Vorpommern niederlassen. Zumindest Lob und Auszeichnungen sind ihnen sicher. So war Helmut Pratzel 2009 für den Deutschen Engagementpreis nominiert und erhielt für seinen Einsatz auch eine Ehrenurkunde des Ministeriums für Soziales und Gesundheit von Mecklenburg-Vorpommern.

„Man muss es den Menschen schmackhaft machen, etwas für eine Gemeinschaft zu tun“ Mittlerweile scheint im wirtschaftlich und demografisch desolaten Vorpommern die Bereitschaft zum Machen und Mitmachen zu wachsen. Bernd Kleist vom „Mittelhofverein“ erzählt, wie ein Vortrag über die demografische Entwicklung der Region zum Schlüsselerlebnis für die Gessiner geworden ist: „Die Menschen begreifen, dass in absehbarer Zeit die völlige Verödung ihrer Dörfer droht, wenn sie nicht selbst Verantwortung für ihr Zusammenleben übernehmen.“

Das lässt sich auch am Engagement in einer Kirchengemeinde feststellen, obwohl in kaum einer Region Deutschlands die Religion eine so geringe Rolle spielt wie in Mecklenburg-Vorpommern. Pfarrer Detlev Brick, Pastor in einer kleinen Gemeinde, meint, die Bürger würden sich stärker engagieren als früher. Zwar seien unter den Weggezogenen im Allgemeinen die Aktiveren zu finden, aber die Zahl jener, die die Arbeit in der Gemeinde mittragen, hätte nicht abgenommen: „Wir haben einen Kreis, der Familienarbeit macht, den ich nicht selbst leiten muss. Das wäre vor 20 Jahren undenkbar gewesen.“ Eine wachsende Zahl von Nicht-Kirchenmitgliedern nutze jene Angebote der Kirche, in denen es um Lebenshilfe und die Gemeinschaft geht, sagt Pfarrer Brick. Die zurückbleibende, alternde Generation, denen die Kinder vielfach durch Wegzug abhanden gekommen sind, sucht neue Formen des Zusammenseins und der gegenseitigen Hilfe. Kirche wird so wieder zum Ort ganz praktischer Daseinsvorsorge.

Fazit

Im Landkreis Demmin ist unentgeltliches freiwilliges Engagement nur schwer von Aktivitäten zu trennen, für die finanzielle Mittel aus den zahlreichen Förderprogrammen für den ländlichen Raum oder von der Arbeitsagentur fließen. Unsere engagiertesten Gesprächspartner äußern übereinstimmend, dass Geld an sich nicht das Prob-

lem sei. Was nach 20 Jahren Abwanderungsgeschichte fehle, seien Initiatoren und Organisatoren mit kreativen Ideen. Diese müssen passende Projekte überhaupt erst entwickeln und sich dann dem hochkomplexen Geschäft widmen, Anträge zu stellen und abzurechnen. Wo aber Engagierte auftreten, scharen sich um sie dann einige Freiwillige und stets auch Ein-Euro-Jobber oder „Kommunal-Kombi“-Beschäftigte. Die wenigen Macher und Vorzeigeprojekte, denen es gelingt, Menschen an der Basis zu aktivieren, werden von der Lokalpolitik und der Öffentlichkeit gern herausgehoben und mit Engagementpreisen bedacht – repräsentativ sind sie allerdings nicht. Werden Fördermittel hingegen, wie meist üblich, von den Kommunalverwaltungen abgerufen, so steht dahinter oft keine aktive Dorfgemeinschaft, die die Projekte schließlich mit Leben füllt.

Dennoch deutet einiges darauf hin, dass sich in den dünn besiedelten Regionen Vorpommerns auch ein neuer Zusammenhalt der verbliebenen Bevölkerung entwickelt. Da dort niemand wirklich an einen Aufschwung glaubt, wird immer mehr Menschen klar, dass sich Lebensqualität nur durch Gemeinsinn und Gemeinschaft aufrechterhalten lässt. Zentrales Problem der kleinen Dörfer sind die fehlenden „Gemeinschafts-orte“, an denen die Menschen zusammenkommen können. Und wenn sie doch – finanziert mit Fördermitteln – entstehen, müssen sie eine kritische Masse an Nutzern und Besuchern anziehen, um lebendige Ortszentren zu werden. Das gelingt jedoch nicht überall.

3 Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge

Wo die Kommune das Engagement steuert

Der oberfränkische Landkreis und die gleichnamige Stadt Wunsiedel liegen in der nordöstlichsten Ecke Bayerns an der Grenze zu Tschechien. 260 Kilometer sind es von hier nach München, 50 Kilometer mehr als in die tschechische Hauptstadt Prag. Nach Nürnberg und ins thüringische Gera, die nächsten größeren Städte, ist man rund 120 Kilometer unterwegs.

Wunsiedel war bis in die 1990er Jahre aufgrund seiner Rohstoffvorkommen eine Hochburg der Keramikindustrie. Namhafte Porzellanfirmen wie Hutschenreuther und Rosenthal sind hier entstanden, letztere hat nach wie vor ihren Sitz im Landkreis. Noch Anfang der 1990er Jahre hatte fast jeder Ort seine eigene Keramikfabrik, 50 Prozent aller Industriearbeiter des Landkreises waren in der Glas- und Keramikindustrie beschäftigt.⁸ Doch die Wiedervereinigung, der Wegfall der Zonenrandförderung und der wirtschaftliche Strukturwandel führten hier zu größeren Verwerfungen als in anderen Teilen Bayerns. Von den einst 47.400 Arbeitsplätzen des Jahres 1991 sind gerade noch 37.500 übrig, von den 89.600 Einwohnern noch 77.500. Bei einem Arbeitsplatzverlust von 20 Prozent ist der Kreis Wunsiedel der größte wirtschaftliche Verlierer Westdeutschlands.⁹ Mit dem Wegzug der jungen Generation ist die Zahl der jährlichen Geburten im Kreis Wunsiedel in den vergangenen zehn Jahren von 800 auf unter 500 gefallen.

Die Kreisstadt mit ihren 9.500 Einwohnern wirkt trister als viele der mit Fördermitteln gepöppelten Städte des Ostens. Allerorten im Zentrum blicken die Besucher in leer stehende Geschäfte und deren blinde Schaufenster. Zwischen 1999 und 2006 hat ein Viertel aller Läden in der Wunsiedeler Innenstadt geschlossen. Geblieben sind einige Lottobuden, eine Fleischerei, und ein Geschäft mit der alten Aufschrift „Feinkost“, in dem ein türkischstämmiger Gemüsehändler seine Waren feilbietet. Die ehrwürdige Buchhandlung Wunschheim in der Maximilianstraße, eines der ältesten Häuser am Platz, öffnet nur noch von sieben bis zwölf Uhr. Eine Dame weit im Rentenalter führt noch stundenweise die Geschäfte in dem stark renovierungsbedürftigen Gebäude. Ein wichtiger innerstädtischer Arbeitgeber ist die Brennerei des über die Region hinaus bekannten „Sechssämertröpfens“. Arbeit gibt es ansonsten bei den zahlreichen Behörden, im Vermessungsamt, dem Amtsgericht oder dem Landratsamt. Auf dem Marktplatz kündigt ein Schaukasten vom Vereinsleben der Stadt. In einer der Vitrinen hängt ein Zeitungsartikel der „Frankenpost“, der den wirtschaftlichen und demografischen Niedergang Oberfrankens beklagt.

Die Lokalpolitik geht längst offensiv mit den Problemen des demografischen Wandels um. Bereits im Jahr 2002 hat, vorangetrieben vom seither amtierenden Bürgermeister Karl-Willi Beck, eine Diskussion um die künftige Entwicklung eingesetzt. Es entstanden Bürgerforen, aus denen verschiedene Runde Tische hervorgegangen sind – für Jugendliche, für Senioren, für Menschen mit Behinderungen, für Vereine und ehrenamtlich Engagierte. Die Stadt will ihre Bürger einbeziehen und stützt sich dabei auf eine reiche, gewachsene Struktur von Kirchengemeinden und Vereinen. Mehr als 100 Vereine soll es in der Stadt geben. Lehrbuchhaft propagieren die Stadtoberen all das, was in der Öffentlichkeit als Anpassungsstrategie an den demografischen Wandel diskutiert wird: Familien- und Seniorenfreundlichkeit, altersgerechtes Wohnen, Mehrgenerationenprojekte, Zuwan-

derung und freiwilliges Engagement. Im Juli 2009 gab es den ersten „Wunsiedeler Familien- und Einwanderungstag“, auf dem sich die Stadt als attraktiver Wohnort präsentieren wollte. Darüber hinaus bietet Wunsiedel für seinen gesamten Nachwuchs von der Kinderkrippe bis zum Gymnasium eine ganztägige Betreuung – in Bayern eine Seltenheit.

„Ehrenamtliches funktioniert bei uns unwahrscheinlich gut“

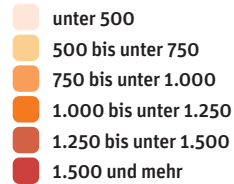
Leisten kann sich die Stadt ihr eigenes Engagement eigentlich nicht. „Wir versuchen, alles zu halten, was das Leben in dieser Stadt ausmacht“, sagt die Dritte Bürgermeisterin Margit Wiedenmaier. Dazu gehören eine Schwimmhalle, ein großes Stadion, ein kürzlich errichteter Greifvogelpark am Rande der Stadt und die Luisenburg-Festspiele. Seit Amtsantritt von Bürgermeister Beck im Jahr 2002 hat sich die Verschuldung der Stadt Wunsiedel verdoppelt. Alle Gemeinden des Landkreises zusammengenommen brachten es 2008 auf Schulden von 2.900 Euro je Einwohner – nach Passau der zweithöchste Wert aller bayerischen Kreise.

Dafür kann Wunsiedel bei allen Aktivitäten auf eine höchst engagierte Bürgerschaft bauen. „Ehrenamtliches funktioniert bei uns unwahrscheinlich gut“, sagt Heike Syma, die seit einem Jahr das Mehrgenerationenhaus in der Stadt leitet. Das freiwillige Engagement fuße auf einer langen Tradition. Offenbar begünstigt auch die Sozialstruktur der Bevölkerung das große Engagement in Wunsiedel. Denn in der „Ämterstadt Wunsiedel“ gibt es auf der einen Seite zahlreiche nicht erwerbstätige, aber bürgerlich engagierte Ehefrauen gut situerter Beamter. Aber auch die allmählich in Rente gehenden Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst suchen im Ruhestand eine sinnvolle Beschäftigung und bilden einen Kern von Engagierten.

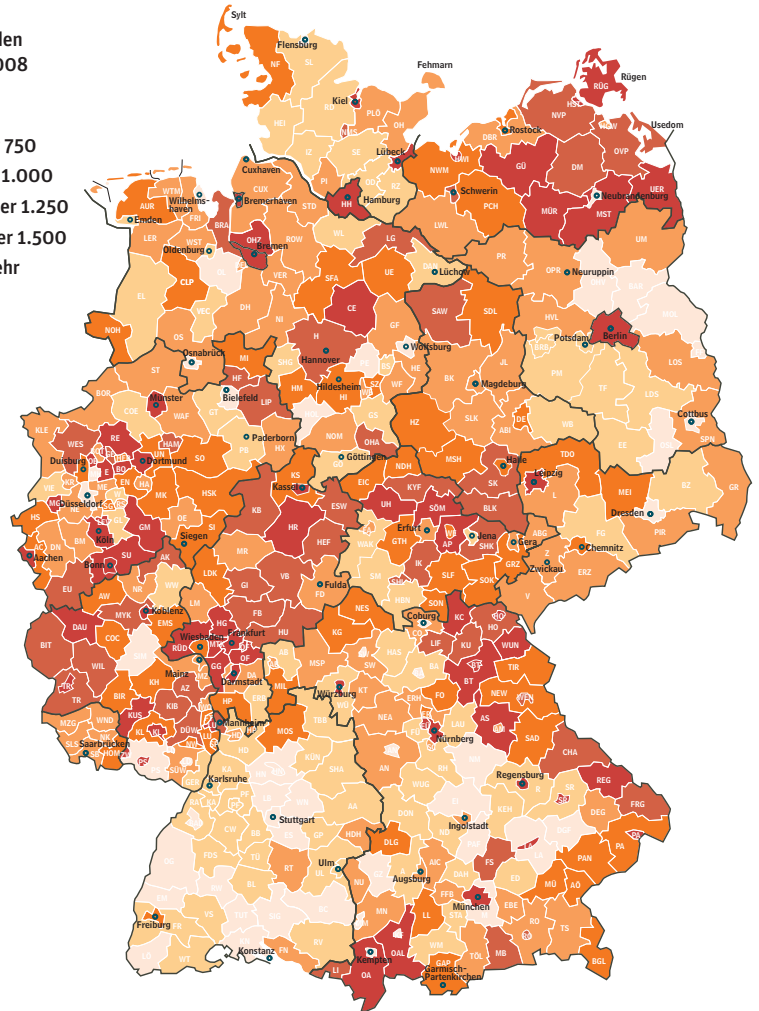
Ursprünglich sollte das Mehrgenerationenhaus nur als „virtuelles“ Projekt entstehen. Schließlich gab es bereits zahlreiche Räume, die generationenübergreifend genutzt wurden, von Kirchen und Vereinen für Krabbelgruppen und Seniorenkreise, für Vorträge und Chorproben. „Es wäre nicht sinnvoll gewesen, da etwas Paralleles daneben zu setzen“, sagt Heike Syma. Was schon existierte, sollte lediglich besser vernetzt werden.

Aber das Interesse von Bürgergesellschaft und kommunaler Verwaltung war so groß, dass das Mehrgenerationenhaus Wunsiedel nun auch als realer Ort existiert. In einem ehemaligen Café, direkt im Stadtzentrum, wurde der „Offene Treff“ des Mehrgenerationenhauses eingerichtet: eine Art Dienstleistungsdrehkreise und Kontaktstelle für Menschen verschiedener Generationen. Hier bieten Freiwillige Computerkurse für Senioren an, es gibt eine Kinderbetreuung für die Zeit während des Einkaufens, einen Generationenchor, Seniorenpaten für Hauptschüler und Entlastungsangebote für Angehörige von Demenzpatienten. Selbst eine Bürgerbuslinie wurde ausgehend vom Mehrgenerationenhaus initiiert und arbeitet mit derzeit 18 freiwilligen Fahrern. Stadt und Stadtwerke unterstützen die Finanzierung des behindertengerechten Neunsitzers. „Es kommen immer mehr Ideen auf uns zu“, sagt Frau Heike Syma. „So blöd viele den Begriff Netzwerk finden, hier lebt er wirklich.“ Ihr Ziel angesichts des demografischen Wandels ist so einfach wie bestechend: „Was können wir tun, damit die, die noch hier sind, besser leben können und auch hier bleiben?“ Angesichts der kreativen Zusammenarbeit von Bürgergesellschaft und Stadtverwaltung dürfte das Mehrgenerationenhaus in Wunsiedel gute Chancen haben, auch nach dem Ende der fünfjährigen Bundesförderung zu überleben.

Kommunale Schulden pro Kopf in Euro 2008



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Wir treffen in Wunsiedel zahlreiche Personen, die sich in diesem Sinne engagieren. Zum Beispiel Gertraud Sturm, eine Dame im Rentenalter, die sowohl als Stadträtin am Runden Tisch „Senioren/Menschen mit Behinderung“ aktiv ist wie auch als Vorsitzende des Hausfrauen- und des Evangelischen Frauenbundes. Zweimal im Monat treffen sich um die 50 Mitglieder des Hausfrauenbundes zu Vorträgen über Kultur- und Gesundheitsthemen oder machen Ausflüge und Tagesfahrten. Ähnliche Angebote bieten der evangelische wie auch der katholische Seniorenkreis.

Wunsiedel hat nach Passau die zweithöchste Verschuldung pro Kopf

Auf jeden Einwohner in Wunsiedel kommen fast 3.000 Euro kommunaler Schulden pro Jahr. Nur in der niederbayerischen Stadt Passau haben die Bewohner noch mehr Schulden. Der Landkreis München erreicht demgegenüber mit 300 Euro pro Kopf nur ein Zehntel der Schuldenhöhe von Wunsiedel.

In Wunsiedel scheint das Angebot der Engagierten die Nachfrage zu übersteigen. In unseren Gesprächen wird deutlich, dass bei manchen Angeboten, etwa bei der Kurzzeitbetreuung für Kinder und auch dem Bürgerbus, die Nachfrage nicht besonders groß ist. Auch die Freiwilligenbörse läuft nicht so recht: Es gebe einfach zu wenige, die Hilfe annehmen wollten. Vor allem Senioren, die eigentlich auf Unterstützung angewiesen seien, hätten Vorbehalte, sich von Fremden helfen zu lassen. „Das ist etwas, wo wir das Angebot vehement bewerben müssen, um die Leute zu knacken“, sagt Heike Syma. Weiter fortgeschritten sind die Betreuungsangebote zur Entlastung der Angehörigen von Demenzpatienten. Mittlerweile greifen acht Familien auf das Programm des Mehrgenerationenhauses zurück, um sich einige Stunden von der permanenten Aufsichtspflicht zu entlasten. Für diese Leistung erhalten die freiwilligen Betreuer eine Aufwandsentschädigung von den Pflegekassen.

„Man muss sich dort von vielen Sachen verabschieden“

Eine weniger euphorische, wenngleich nicht negative Sicht auf das freiwillige Engagement in Stadt und Kreis haben die Vertreter von Vereinen und Initiativen, die „von unten“, also außerhalb von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Förderprogrammen entstanden sind. Etwa Arno Speiser, der Vorsitzender des Fördervereins Kinder- und Jugendprojekte in Wunsiedel. Er befürchtet, dass die Verwaltung sich zu stark in die Zivilgesellschaft einmischt und versucht, das Engagement zu vereinnahmen.

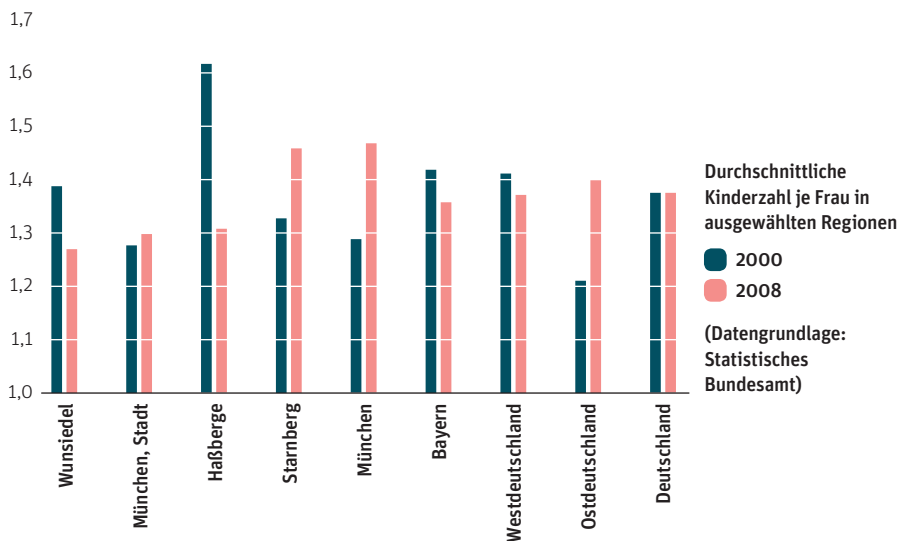
Oder Raimund Böhringer, freiberuflicher Stadtplaner und Vorsitzender des „Bürgerforums Wunsiedel“, das vor zehn Jahren entstanden ist, als der wirtschaftliche Niedergang und die Verödung der Innenstadt unübersehbar geworden waren. In dem Verein mit seinen rund 100 Mitgliedern, von denen sich zehn bis zwölf regelmäßig engagieren, sind vorwiegend Selbstständige, aber auch einige engagierte Vorrühständler organisiert. Das Bürgerforum hat es geschafft, einige kreative Projekte zur Belebung der Innenstadt Wunsiedels anzuschubsen. Besonders stolz ist Böhringer auf das Projekt „Mit-

tag am Markt“, bei dem jeden Samstag von Mai bis Oktober ein gastronomischer Betrieb der Region Speisen und Getränke anbietet. Dieser öffentliche Imbiss ist nicht nur bei den Wunsiedelern ein beliebter Treff geworden, er findet auch bei den Ausstellern Anklang, weil sie nicht nur etwas Umsatz, sondern auch Werbung für sich machen können. Das Bürgerforum hat darüber hinaus eine leer stehende, unverkäufliche Gastwirtschaft als Genossenschaft erworben und einen Pächter gefunden, der dort wieder erfolgreich ein Restaurant betreibt. Auch Böhringer ist der Meinung, dass die politisch Verantwortlichen in Wunsiedel freiwilliges Engagement vor allem dann fördern, wenn sie die Fäden in der Hand behalten. Agiere das Bürgerforum aus Sicht der Lokalpolitik zu eigenständig dann gebe es auch Widerstände – eine „Nebenexekutive“ wolle man nicht.

Stadtplaner Böhringer sieht angesichts des Bevölkerungsrückgangs in der Region zahlreiche Dörfer und Kleinstädte Oberfrankens vor unlöslichen Problemen. Anders als in der Kreisstadt Wunsiedel, wo es zumindest noch Schulen und Ämter gebe, hätten die entlegeneren Gebiete nur noch im Rückbau von Infrastruktur eine Perspektive: „Man muss sich dort von vielen Sachen verabschieden.“

Weniger Nachwuchs in Wunsiedel

Im Bundesland Bayern bekommen die Frauen im Schnitt immer weniger Kinder. Besonders in dem ländlichen Kreis Haßberge in Unterfranken und auch in Wunsiedel in Oberfranken sind die durchschnittlichen Kinderzahlen von 1,62 auf 1,31 respektive 1,39 auf 1,27 zurückgegangen. Dass dieser Rückgang nicht für alle bayerischen Kreise gilt, zeigen die Kinderzahlen in der Stadt München und im umliegenden Landkreis München sowie im wohlhabenden Starnberg. Eine ähnlich positive Entwicklung findet in Ostdeutschland statt, wo die Frauen aktuell im Schnitt mehr Kinder als in Westdeutschland bekommen.



In den kleineren Orten des Landkreises fehle auch die „kritische Masse“ an Kreativen und Engagierten. In den größeren Städten, wie Selb und Marktredwitz existieren noch ähnliche Initiativen wie in Wunsiedel. Aber nicht dort, wo der dörfliche Zusammenhalt und die Sozialstruktur der Arbeiterschaft mit dem Wegbrechen der Industrie zerfallen seien. In einer ganzen Reihe von Gemeinden gebe es kaum Entwicklungspotenzial.

Zum Beispiel Schwarzenbach an der Saale. Der Ort gehört zwar schon zum Landkreis Hof, ist aber Mitglied in einem Bündnis von neun Kommunen der Nachbarkreise Hof und Wunsiedel, die sich 2005 zusammenschlossen haben, um besser an Städtebaufördermittel zu kommen. Im Rathaus treffen wir Michael Stein, den Regionalmanager des Projekts „Generation 1-2-3“, eines Interkommunalen Altenhilfe- und Mehrgenerationenkonzeptes.

Dessen Ziel sei es, erklärt Stein, die Versorgung der hochbetagten Bevölkerung möglichst lange in den eigenen vier Wänden sicher zu stellen – in Orten, wo es kaum noch Geschäfte, keine Gaststätte, keine Fachärzte und nur noch einen ausgedünnten öffentlichen Nahverkehr gibt. In allen beteiligten neun Kommunen wurden Bürgerforen organisiert, um den Bedarf in den einzelnen Orten zu diskutieren. In jeder Kommune entstanden dann zwei bis drei themenbezogene Arbeitskreise, die zum Teil praktische Ergebnisse vorweisen können: In Schwarzenbach hat eine Bürgerbuslinie ihren Dienst aufgenommen, in Schönwald haben ehrenamtliche Fahrdienste den Transport übernommen. Auch einen Seniorenwegweiser, eine Informationssammlung für ältere Menschen, hat das Projekt herausgegeben. Inwieweit sich dadurch deren Lebensqualität verbessert hat, erschließt sich nicht zwingend. Michael Stein hofft, zumindest etwas angestoßen zu haben, wenn seine Stelle Ende des Jahres 2010 ausläuft. Manche Wünsche, die in den Foren auf den Tisch kamen, wie etwa betreutes Woh-

nen oder eine Tagespflege anzubieten und einen zusätzlichen Allgemeinmediziner anzusiedeln, waren für die Kommune nicht umzusetzen. Andere Projekte blieben einmalige Vorhaben. Und dem Bürgerbus in Schwarzenbach droht bereits wieder die Stilllegung, weil die Nachfrage fehlt.

Unweit des Büros von Michael Stein ist die Tristesse im Stadtzentrum von Schwarzenbach mit Händen zu greifen: Überall stehen die Geschäfte leer, in einem der Schaufenster stellt ein lokaler Künstler ein paar Bilder aus, in einem anderen bietet jemand eine gebrauchte Waschmaschine an. Schilder wie „Obst-Gemüse-Südfrüchte“ oder „Quelle“ erinnern an eine vergangene Zeit. Auch bei „Blume und Co.“ blüht nichts mehr – der Laden steht leer. Die Diakonie Hochfranken betreibt in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur einen „Werkladen“ für Gebrauchtwaren, in dem Arbeitslose beschäftigt und arme Menschen versorgt werden sollen. Lediglich direkt am Rathaus herrscht rege Geschäftigkeit: Der Vorplatz wird in großem Stil renoviert. Den weit überwiegenden Teil der Baukosten schießt der Freistaat Bayern zu – ohne massive Unterstützung der Landesregierung dreht sich hier kein Rad mehr. Aus eigener Kraft sind die Kommunen in Oberfranken nach jahrelanger Abwanderung und wirtschaftlichem Niedergang kaum noch handlungsfähig.

Fazit

Die Kommunalverwaltung Wunsiedels hat sich das Konzept der „senioren- und familienfreundlichen Stadt“ auf die Fahnen geschrieben. Freiwilliges Engagement in traditionellen Formen ist in Wunsiedel weit verbreitet. Die Kommune versucht intensiv und erfolgreich, die zahlreichen Vereine und Gruppen, angegliedert an Kirchengemeinden, Schulen oder Wohlfahrtsverbände, in ein Netzwerk des Engagements einzubinden. Ausgehend von

einem Mehrgenerationenhaus als Mittelpunkt dieses Netzwerkes ist ein starkes Projekt entstanden, an dem Senioren, demente Menschen, Familien und Kinder beteiligt sind und auch betreut werden können.

An Engagierten scheint es in Wunsiedel nicht zu mangeln. Die hohe Bereitschaft gründet auf der lokalen Sozialstruktur: Ältere, nicht erwerbstätige Frauen aber auch Beamte und Angestellte im Ruhestand sehen im Engagement einen hohen ethischen Wert und bringen sich bereitwillig ein. Allerdings bleiben die Aktiven in ihrer Funktion eher untergeordnet – die Ausgestaltung des Engagementnetzwerks gibt die Kommunalverwaltung vor. Initiativen, die sich mehr Autonomie wünschen, können weniger von den Netzwerken profitieren, und fühlen sich teilweise gar durch die Dominanz der Verwaltung in ihre Arbeit eingeschränkt.

Einerseits besteht in der Kreisstadt Wunsiedel die Gefahr, dass die vielen Engagementwilligen und die Vielzahl an Unterstützungsangeboten für Ältere oder Familien gar keinem realen Bedarf gegenüberstehen. Andererseits sind die Probleme und Notlagen in den kleinen Gemeinden außerhalb der Kreisstadt ungleich größer. Aber dort fehlt es an freiwilligen Helfern, und gleichzeitig mangelt es an der Bereitschaft der Hilfsbedürftigen, sich auf die Unterstützung neuartiger Angebote einzulassen.

4 Landkreis Holzminden

Aktive Bürgergesellschaft auf der Suche nach sich selbst

Der Landkreis Holzminden mit seiner 20.000 Einwohner zählenden Kreisstadt liegt im südlichen Niedersachsen. Er grenzt unmittelbar an den Solling, ein Mittelgebirge des Weserberglandes. Es gibt keinen Autobahnanschluss in der Nähe, und so dauert die Reise in die nächste Großstadt etwa eineinhalb Stunden, obwohl Kassel, Hannover, Göttingen und Salzgitter nur jeweils zwischen 60 und 80 Kilometer entfernt liegen. Holzminden, wo einst das synthetische Vanillin erfunden wurde und die Aromastoffindustrie bis heute einen wichtigen Wirtschaftszweig bildet, nennt sich seit 2003 „Stadt der Düfte und Aromen“.

Zwischen 1991 und 2008 hat der Kreis Holzminden mehr als sechs Prozent seiner Arbeitsplätze verloren.¹¹ Acht Prozent der Holzmindener im Erwerbsalter sind arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger, einer der höchsten Werte in Niedersachsen. Der Wanderungssaldo des Landkreises ist mit durchschnittlich sechs Fortzügen je 1.000 Einwohner pro Jahr stark negativ und macht den Kreis zum Hauptfortzugsgebiet in Niedersachsen. Weil die Jungen seit Jahren die Region verlassen, gehört auch der Anteil Hochbetagter an der Bevölkerung mit mehr als elf Prozent zu den Spitzenwerten des Bundeslandes.

In Holzminden treffen wir auf eine aktive Bürgergesellschaft, die ihren Ursprung in der mittelständisch geprägten Wirtschaft der Stadt hat. Mehrere finanzstarke Unternehmer engagieren sich für ihre Region. Etwa Ralf Schwager, Inhaber einer in Holzminden unübersehbaren Kaufhauskette mit mehreren Niederlassungen, der gleichzeitig die Stadtmarketing GmbH betreibt, mit der er das Image von Holzminden verbessern will. Oder die Familie Gerberding, deren Vorfahren an der Begründung der Aromastoff-Industrie maßgeblichen Anteil hatten. Sie haben vor einigen Jahren die „Gerberding-Stiftung“ errichtet, um in der Stadt gemeinnützige Projekte zu finanzieren. Im Jahr 2007 eröffnete die Gerberding-Stiftung in zentraler Lage in Holzminden das bundesweit erste, ausschließlich mit Geldern einer privaten Stiftung finanzierte Freiwilligenzentrum. Ziel war es, engagementwillige Bürger und Vereine, Organisationen sowie Projekte, die nach Freiwilligen suchen, zusammenzubringen.

„Ich glaube, dass unser Freiwilligenzentrum, so gut es gemeint war, eher aufgestülpt war“

Das Freiwilligenzentrum ist in einem attraktiven, frisch renovierten Gebäude mitten in der Innenstadt untergebracht. 2007 startete das Zentrum mit großen Ambitionen, betreut von einem hauptamtlichen Sozialarbeiter und einer Praktikantin. Doch schon während wir unsere Interviews in Holzminden führen, befindet sich die Einrichtung in Abwicklung. Ende Juni 2010 stellt sie ihre Arbeit ein. Die Stifter waren mit den Ergebnissen des Zentrums nicht zufrieden. „Die laufenden Kosten waren wahn sinnig angesichts dessen, was letztlich herausgekommen ist“, sagt Frau Gerberding, Leiterin der Familienstiftung. Dabei hatte das Freiwilligenzentrum in den ersten zweieinhalb Jahren seines Bestehens erfolgreiche Projekte vorzuweisen. Die Stifter wie auch der Leiter des Freiwilligenzentrums schwärmen gleichermaßen vom „Bulli-

Projekt“, bei dem der lokale VW-Bastler-Club „Bulli-Teufel“ zusammen mit Jugendlichen ein altes Fahrzeug ausgebaut hat, um es dann der lokalen Musikschule für Musikprojekte zu übergeben. Das Projekt erhielt immerhin den 3. Preis des Bundeswettbewerbs „Ideen säen – Zukunft ernten“.

Auch wurden in Zusammenarbeit mit der Polizei und mehreren Schulen jugendliche „Schulbusbegleiter“ in Strategien der Deeskalation ausgebildet. Die Zahl der Zwischenfälle sei seitdem deutlich zurückgegangen, und mittlerweile hat man einen Polizisten und einen Busfahrer gefunden, die ehrenamtlich weitere jugendliche Begleiter schulen. Dem Leiter des Freiwilligenzentrums, Tobias Frank, gelang es, den Kreisarchäologen mit den Patienten einer Langzeittherapieeinrichtung zusammenzubringen. Diese arbeiten jetzt bei archäologischen Ausgrabungen an einer Burg in der Region mit. Immerhin 150 Interessierte hätten sich im Freiwilligenzentrum innerhalb der ersten zwei Jahre registrieren lassen, sagt Tobias Frank, der seine Enttäuschung über den Rückzug der „Gerberding-Stiftung“ aus dem Projekt nicht verbergen kann. Seiner Meinung nach hätte die Stiftung einen längeren Atem haben müssen.

Frau Gerberding ist der Auffassung, dass ein Freiwilligenzentrum in einem Ort wie diesem eher aufgestülpt wirke. Holzminden habe weder die Vielzahl an Menschen, die täglich in einem Freiwilligenzentrum vorbeischaun, noch genug Institutionen, die ihrerseits Freiwillige suchen. Auch Tobias Frank räumt ein, dass Freiwilligenbörsen eher in Großstädten verbreitet seien als im ländlichen Raum: 90 Prozent aller derartigen Einrichtungen arbeiteten in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Letztlich war die Kluft zwischen den Erwartungen der Stifter und den realen Möglichkeiten eines Freiwilligenzentrums in der ländlichen Region unüberbrückbar.

„Die Ursprungsform des Ehrenamtes ist auf dem absteigenden Ast“

Eine der Einrichtungen, an die das Freiwilligenzentrum Engagierte vermittelt hat, ist das Pflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes. Als Heimleiter René de Visser 2009 dort anfang, gab es kaum eine Struktur für die Arbeit mit Freiwilligen. In einem Hinterzimmer des Heims verrichteten ein paar ehrenamtlich tätige Frauen Nährarbeiten für die Heimbewohner. Die taten das seit Jahren, aber dennoch kannte das Personal des Heims sie nicht einmal mit vollem Namen. Mittlerweile hat de Visser mit diesem Zustand aufgeräumt. Freiwillige Helfer werden heute professionell in die Arbeit des Heims eingebunden.

De Visser sieht eine deutliche Veränderung in den Formen des freiwilligen Engagements: Das alte „Ehrenamt“, das man praktisch lebenslang und in festen organisatorischen Strukturen ausübe, sei „auf dem absteigenden Ast“. Auch in der Pflege wollten sich Engagierte heute selbst verwirklichen. Sie suchten zudem nach zeitlich begrenzten Projekten, die ihren eigenen Interessen entsprechen. De Visser meint, dass sich Institutionen und Vereine heute um Engagierte viel mehr bemühen müssten und der Umgang mit ihnen einen deutlich höheren Aufwand erfordere als früher. Weder könne man ihnen einfach Anweisungen erteilen, noch sie lediglich ihren eigenen Interessen nachgehen lassen. Vielmehr sei im Gespräch zu klären, was die Engagierten können und erwarten – und ob es dafür überhaupt Bedarf gebe. Um all dies zu berücksichtigen, führt das DRK-Pflegeheim mit Engagementwilligen regelrechte Bewerbungsgespräche. Freiwillige bieten beispielsweise Chi-Gong-Kurse oder Singegruppen an, in denen sie mit den Heimbewohnern tanzen oder musizieren. De Visser hat sogar die Position einer fest angestellten Ehrenamtsbegleiterin geschaffen, die Kontakt zu den mehr als 30 freiwilligen Mitarbeitern hält und deren Aktivitäten koordiniert.

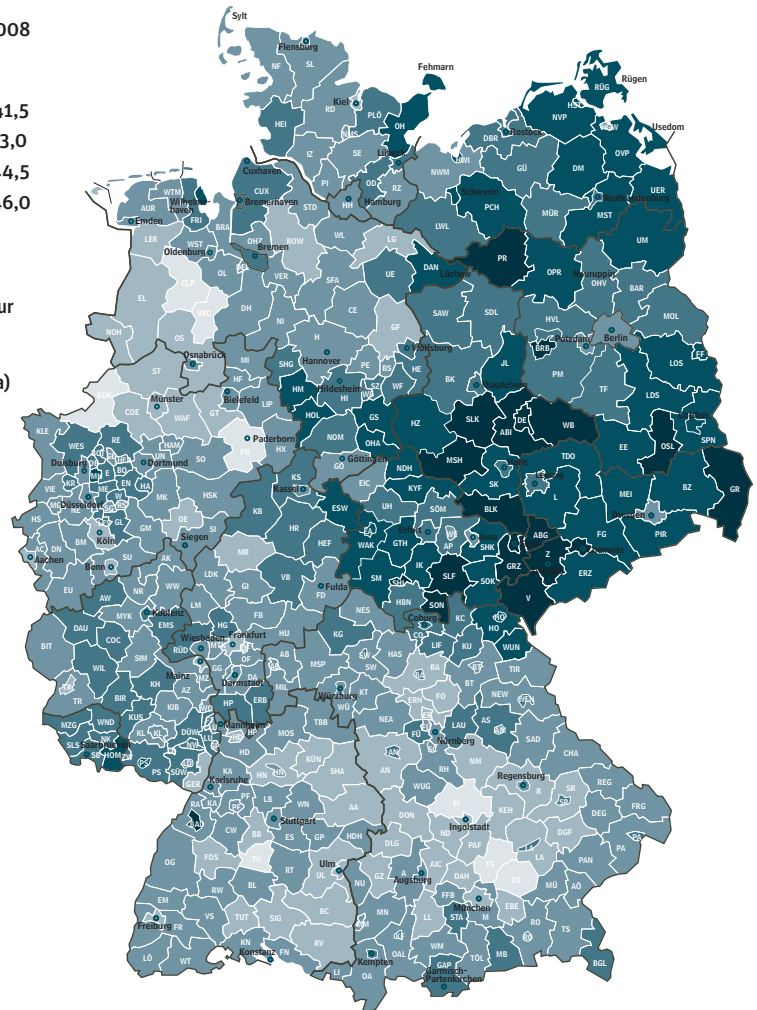
Hohes Durchschnittsalter vorrangig in ländlichen Regionen

Die Bevölkerung in Ostdeutschland ist mit einem Durchschnittsalter von 44,3 Jahren zwei Jahre älter als in Westdeutschland (42,3). Den Rekord hält die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt: Dort sind die Bewohner im Mittel 47,4 Jahre alt. Deutschlands jüngste Region, gemessen am Durchschnittsalter der Bevölkerung, ist das niedersächsische Cloppenburg (38,4). Aber auch in Niedersachsen liegen Regionen mit einem hohen Durchschnittsalter der Einwohner: In Holzminden etwa erreicht die Bevölkerung mit 44,8 Jahren ostdeutsches Niveau. Die Einwohner im bayerischen Landkreis Wunsiedel (45,7) liegen ebenfalls weit über dem deutschlandweiten Durchschnittsalter von 42,7 Jahren. Die Abwanderung vor allem junger Menschen, der Rückgang der Geburten und die steigende Lebenserwartung lassen eine immer älter werdende Bevölkerung in den Orten zurück.

Durchschnittsalter 2008

- ☐ unter 40,0
- ☐ 40,0 bis unter 41,5
- ☐ 41,5 bis unter 43,0
- ☐ 43,0 bis unter 44,5
- ☐ 44,5 bis unter 46,0
- ☐ 46,0 und mehr

(Datengrundlage: Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels – DemoData)



Die Abgrenzung zwischen professioneller Arbeit und freiwilligem Engagement in der Pflege ist ein schwieriges Thema. Hauptamtliche Pflegerinnen und Pfleger, für die ihre Tätigkeit, wie de Visser meint, oft auch Berufung sei, sähen immer mehr der schönen Seiten ihrer Tätigkeit an Ehrenamtliche ausgelagert. Denn diese haben Zeit, am Bett der Bewohner zu sitzen und mit ihnen zu sprechen, was Pflegerin oder Pfleger aufgrund des Zeitdrucks kaum noch könnten. Besonders das Personal für einfache Tätigkeiten, etwa Altenpflegehelfer, fürchtet um seine Arbeitsplätze.

René de Visser sieht in Zukunft noch großes Potenzial für freiwilliges Engagement in Pflegeeinrichtungen – auch weil die ältere Bevölkerung heterogener werde und die Angebote für kleine Zielgruppen maßgeschneidert werden müssten. Schon heute werde etwa nicht mehr das ganze Heim zum gemeinsamen Singen „zusammengetrommelt“, sondern mit kleineren Gruppen von wirklich Interessierten gesungen, gemalt oder getanzt.

„Mein Eindruck ist, dass wir mit der Stadtverwaltung bisher nur minimal zusammenarbeiten“

In der Politik werde zwar viel über freiwilliges Engagement gesprochen, aber zu wenig getan, meint Heimleiter de Visser. Dabei habe freiwilliges Engagement auf lange Sicht nur dann eine Chance, wenn es von politischer Seite unterstützt werde. Engagement brauche Räumlichkeiten, eine EDV-Infrastruktur und einen sicheren finanziellen Rahmen. Auch Anlaufstellen für Engagementwillige seien wichtig, sagt de Visser – auf die Schließung des Freiwilligenzentrums anspielend, an dem sich die Kommune nicht finanziell beteiligen wollte. Auch Daniel Leonhardt vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Holzminden sieht das ähnlich: „Mein Eindruck ist, dass wir nur sehr minimal mit unserer Verwaltung und der Lokalpolitik zusammenarbeiten.“ Die Wohlfahrtsverbände fühlten sich bei vielen Entscheidungen nicht ausreichend einbezogen.

Fehlendes Vertrauen und mangelnde Zusammenarbeit haben auch für Schwierigkeiten beim Nachbarschaftshilfverein „Weserblume“ in Bevern gesorgt, etwa zehn Kilometer von Holzminden entfernt. Die „Weserblume“ arbeitet ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände, Stiftungen oder die Kommune. Der Verein will den „Tausch von Talenten“ organisieren, also letztlich unentgeltliche gegenseitige Hilfe zwischen den Einwohnern. Man merkt den Mitarbeitern der „Weserblume“ ihren Enthusiasmus an. Ihre Vision ist die einer Nachbarschaft, in der jeder seine Fähigkeiten einbringt und im Gegenzug Unterstützung nach seinen Bedürfnissen erhält. Einer kann Reifen wechseln, und dafür bäckt ihm der andere einen Kuchen. Einer kennt sich mit dem PC aus, dafür übernimmt ein anderer im Gegenzug seine Einkäufe. Gerade im langen Winter 2009/10 gab es von älteren Menschen eine große Nachfrage nach Helfern, die Schnee schieben oder die Wege streuen. Vereinsleiterin Kerstin Ebbenga berichtet von einer älteren

Dame, die die Früchte ihrer Obstbäume nicht mehr selbst ernten kann: „Warum muss sie in den Supermarkt gehen und Kirschmarmelade kaufen, wenn da ein richtiger Baum steht?“ Ebbenga möchte, dass sich Nachbarn in solchen Fällen helfen – und alle etwas davon haben. Über die rein praktische Seite sei dabei auch das menschliche Miteinander von Bedeutung. Viele der Mitglieder im Verein sind Hartz-IV-Empfänger oder ältere Menschen. Für die wolle man einfach auch da sein, ihnen zuhören und Rat geben.

Der Verein „Weserblume“ arbeitet abseits von Engagementpreisen und Stiftungsförderungen, und dadurch hat es der Verein nicht leicht. Er sieht sich konsequent basisdemokratisch. Mit der Lokalpolitik will er nichts zu tun haben. „Dann wäre die Sache nicht mehr das, was sie sein soll“, beschreibt ein Vereinsmitarbeiter seine Abneigung gegen Vereinnahmung. Die Unabhängigkeit bezahlt der Verein mit Geldknappheit und Unsicherheit, denn die Mittel für Raummiete, Strom, Telefon und das Gehalt der Vereinsvorsitzenden als einziger Angestellten muss über Mitgliedsbeiträge und Sponsoren „zusammengebittelt“ werden. Der derzeitige Kassenstand sei „null“. Früher bot die „Weserblume“ auch noch eine Nachmittagsbetreuung für Schulkinder an, was dem Verein aufgrund des großen Bedarfs zahlreiche zahlende Mitglieder verschuf. Doch die Hausaufgabenhilfe wurde dem Verein aus brandschutzrechtlichen Gründen untersagt, woraufhin viele Eltern ihre Mitgliedschaft aufkündigten.

Der Verein kämpft in seiner Arbeit zudem um ein ausgewogenes Verhältnis von Nehmen und Geben bei der Nachbarschaftshilfe. Doch viele Menschen würden lediglich gern Hilfe in Anspruch nehmen – ohne selbst etwas beizutragen. Zudem sind ältere Menschen oft hilfsbedürftig, aber körperlich nicht immer in der Lage, ihrerseits Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Auch mit der Arbeitsagentur hat der Verein „Weserblume“ es nicht leicht. Alle sechs Monate müssen die beim Verein tätigen Ein-Euro-Jobber ausgewechselt werden – gerade dann, wenn sie richtig eingearbeitet sind. Um ihre qualifizierte Bürokräftigkeit zu behalten, würde die Vereinsvorsitzende ihr gern einen festen Job auf 400-Euro-Basis anbieten, doch das Geld dafür fehlt. Zugang zu Fördermitteln hat die „Weserblume“ nicht, und den Verantwortlichen mangelt es offenbar auch an Informationen über die vielfältige Förderlandschaft von Stiftungen und der öffentlichen Hand. „Ich kenne mich noch zu wenig aus“, räumt Kerstin Ebbenga ein, die den Vereinsvorsitz erst vor kurzem übernommen hat. Die mangelnde Vernetzung und Unterstützung, Finanzschwäche und möglicherweise auch ein gewisser „separatistischer Stolz“ der Initiatoren führen dazu, dass die „Weserblume“ bislang noch auf der Liste der gefährdeten Arten steht.

„Es ist sinnvoller, den Zugang zu bestimmten Bevölkerungsgruppen über Ehrenamtliche herzustellen“

Für die Kommunalverwaltung Holzminden scheinen Konzepte, wie Freiwillige in die Daseinsvorsorge einbezogen werden können, relativ neu zu sein. In dem ländlichen Kreis dominieren noch klassische Familienstrukturen, gerade schafft die Stadt Holzminden die ersten Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Weder gibt es ein breites verfestigtes Sozialhilfe-Milieu noch einen hohen Migrantenanteil. Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit seien die Hauptzielgruppen des Sozialamtes Holzminden, sagt dessen Leiterin Marie-Luise Niegel. Deren Zahl steigt allerdings aufgrund der demografischen Entwicklung stark an – und verlangt neue Herangehensweisen.

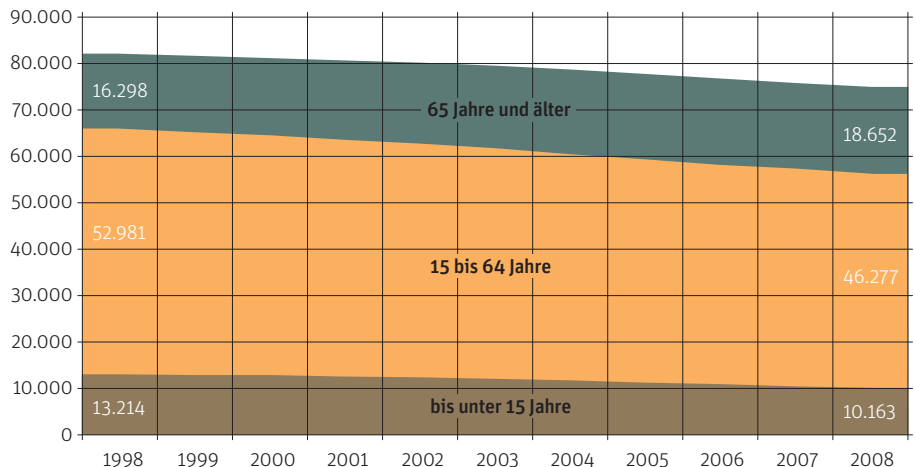
Die Amtsleiterin kann sich nur an einen Fall erinnern, in dem schon länger Freiwillige einbezogen werden: Seit etwa zehn Jahren gibt es ein Projekt, das ehrenamtliche Betreuer für Ältere und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen schult und begleitet. Doch auch Marie-Luise Niegel stellt fest, dass der Bedarf an ehrenamtlicher Betreuung für Hilfsbedürftige wächst: So kam beispielsweise ein Asylbewerber zur Integrationsberatung, den sie als Vertreterin einer Behörde nicht unabhängig beraten, geschweige denn ihm bestimmte „Tricks und Kniffe“ verraten konnte. Als sie den Mann an eine nicht-staatliche Organisation verweisen wollte, wurde sie in der Region nicht fündig. Die nächste unabhängige Beratungsstelle für Asylsuchende fand sich im 50 Kilometer entfernten Hameln.

Mittlerweile versucht die Landespolitik, mehr Aufgaben auf freiwillig Engagierte zu verlagern – das spüre man auch in der Kreisverwaltung. Dies geschehe einerseits aus finanziellen Gründen, aber auch, weil so ein besserer Zugang zu bestimmten Gruppen von Hilfsbedürftigen zu bekommen sei. Seit 2008 läuft das Landesprojekt zur Ausbildung von freiwilligen „Integrationslotsen“ in Holzminden. Seit etwa einem Jahr gibt es in der Kreisverwaltung ein von der Landesregierung gefördertes „Seniorenservicebüro“, das unter anderem Freiwillige zu „Seniorenbegleitern“ ausbildet und deren Arbeit koordiniert. Gerade einsamen und vereinzelt Senioren sollen Gesprächspartner und Helfer in einfachen Lebensfragen zur Seite gestellt werden. Marie-Luise Niegel war positiv überrascht von der großen Nachfrage: Bereits zur Informationsveranstaltung kamen 40 Interessierte, von denen sich etwa die Hälfte sogleich zur 70-stündigen Qualifizierung zum Seniorbegleiter anmeldeten. Schon nach einem

Holzmindener werden weniger und älter

Innerhalb von zehn Jahren hat Holzminden neun Prozent seiner Bevölkerung verloren. 2008 lebten rund 10.000 junge Menschen unter 15 Jahren in der Region und somit ein Viertel weniger als noch 1998. Das ist auch eine Folge des konstant anhaltenden Wegzugs von potenziellen Familiengründern, die woanders ihre Kinder bekommen. Einzig die ältere Bevölkerung über 64 Jahre ist gewachsen: um knapp 14 Prozent auf gut 18.500 Einwohner.

Altersgruppen in absoluten Zahlen



Entwicklung der Bevölkerung in Holzminden von 1998 bis 2008 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

Jahr ist die Seniorenbegleitung zu einem gut funktionierenden Projekt erwachsen, das sowohl auf Seiten der Engagierten als auch bei den Senioren auf reges Interesse stößt.

Ein zukunftsweisendes Projekt zum Zusammenführen von professionellen Angeboten und Freiwilligen scheint das geplante und gerade im Bau befindliche kommunale „Familienzentrum“ von Holzminden zu werden. Dabei funktioniert auch, wie mehrere Gesprächspartner bestätigen, die sonst kritisierte Zusammenarbeit zwischen Kommune, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen. Räume für kulturelle Veranstaltungen, für Gruppen und Vereine aller Generationen sollen hier unter einem Dach vereint werden. Zugleich sollen verschiedene Dienstleister und Träger der Wohlfahrtspflege aus dem Landkreis ihre Beratungen in den Räumen des Familienzentrums durchführen. Auch Selbsthilfegruppen, die nur gelegentlich einen Raum benötigen, werden eine zentrale Anlaufstelle bekommen. Das Konzept ähnelt dem Bundesprojekt der Mehrgenerationenhäuser, wobei es ein so gefördertes Projekt bereits in Eschershausen gibt, etwa 20 Kilometer von Holzminden entfernt. Das Zusammenbringen von Engagierten, Hilfsbedürftigen und Vereinen in einem Gebäude soll Synergien erzeugen. Initiativen, meint Daniel Mörsener von der Jugendhilfe Holzminden, bräuchten schließlich einen konkreten Ort, an dem sich Ideen entwickeln und verwirklichen lassen.

Fazit

In Holzminden treiben lokale Unternehmer und leitende Angestellte als Vertreter eines aktiven Bürgertums das freiwillige Engagement voran. Von finanzkräftigen Akteuren wie der Gerberding-Stiftung, die das bundesweit erste privat finanzierte Freiwilligenzentrum eingerichtet hat, bis zum fragilen Nachbarschaftshilfeverein „Weserblume“ experimentiert die Bürgerschaft des Landkreises mit modernen Formen von Engagement. Auch das Deutsche Rote Kreuz als traditioneller Träger der Wohlfahrtspflege öffnet sich einem modernen Management der Freiwilligenarbeit: Das DRK geht auf Wünsche und Fähigkeiten der Engagierten ein, ermöglicht zeitlich begrenzte Einsätze für die Pflegebedürftigen und hat das Management von Freiwilligen in die Hände einer fest angestellten Engagementbeauftragten gelegt. Die Kommunalverwaltung öffnet sich dafür, Freiwillige an den Aufgaben der Daseinsvorsorge zu beteiligen. Allerdings ist dies meist an vom Land finanzierte Projekte gebunden, deren Weiterführung nach Auslaufen der Förderung unsicher ist.

Dennoch wirkt die Konkurrenz zwischen den Institutionen und Organisationen um Engagierte, um finanzielle Mittel und um öffentliche Aufmerksamkeit in Holzminden mitunter wie Sand im Getriebe. Die Kommune und die Gerberding-Stiftung haben bei der Schaffung eines Ortes für freiwilliges Engagement nicht zusammengearbeitet – sie verfolgen mit dem Freiwilligen- und dem Familienzentrum

jeweils unterschiedliche Projekte, die womöglich auch unter einem Dach hätten laufen können. Für die Stiftung war der ihrer Ansicht nach zu geringe Erfolg des Freiwilligenzentrums Anlass, es nach zwei Jahren wieder zu schließen. Die Stiftungsfinanzierung des Zentrums ohne Beteiligung anderer Geldgeber hat sich möglicherweise als Nachteil erwiesen. Doch auch dort, wo basisdemokratisch Engagierte arbeiten, gibt es Probleme, wie die „Weserblume“ erkennen lässt. Dem Nachbarschaftshilfeverein fehlen der Zugang zu finanziellen Mitteln und die Unterstützung durch die lokalen Eliten.

Trotz der Reibungsverluste ist die Bürgerschaft Holzminden innovativ und diskussionsbereit, was auch das große Interesse aller Verantwortlichen an unserem Abschlussworkshop zeigt. Sie ist auf der Suche nach wirkungsvollen Wegen, engagierte Bürger für das Gemeinwohl ihrer Stadt zu gewinnen. Für die Zukunft lässt dies auf eine effiziente Nutzung des freiwilligen Engagements hoffen.

5 Ludwigshafen am Rhein

Brücken bauen in einer gespaltenen Stadt

Die Geschichte von Ludwigshafen am Rhein, der zweitgrößten rheinland-pfälzischen Stadt, ist eng mit der chemischen Industrie verknüpft. Ihr Aufstieg begann, als die auf der gegenüberliegenden Rheinseite gelegene Stadt Mannheim der „Badischen Anilin und Sodafabrik“ (BASF) 1865 ein Firmengelände versagte und die „badische“ Fabrik kurzerhand in das pfälzische Ludwigshafen übersiedelte. Zahlreiche weitere Chemieunternehmen folgten der BASF. Doch die große industrielle Bedeutung wurde der Stadt später zum Verhängnis: Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs flogen die Bomber der Alliierten zahllose Luftangriffe, um die kriegswichtige Produktion zu unterbinden, und legten das Firmengelände sowie einen Großteil der Innenstadt nahezu vollständig in Schutt und Asche. Mit dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit wuchs die Stadt schnell wieder heran und konnte es sich in den goldenen 1960er Jahren leisten, ihr ohnehin bescheidenes Stadtbild mit einem Wust von Hochstraßen und einem fehlgeplanten Riesenbahnhof komplett zu verschandeln. Seither gibt es in der Innenstadt praktisch keinen attraktiven Wohnraum mehr, dafür aber zahllose unwirtliche und verödete Plätze.

Noch immer ist Ludwigshafen ein bedeutender Standort der chemischen Industrie, vor allem dank der BASF, dem weltweit größten Unternehmen der Branche. Das Bruttoinlandsprodukt und die Steuerkraft der Stadt gehören, bezogen auf die Einwohnerzahl, zu den höchsten in Deutschland. Dennoch hat Ludwigshafen bis zum Jahr 2009 bereits Schulden in Höhe von fast einer Milliarde Euro angehäuft und gehört damit deutschlandweit zu den Städten mit dem höchsten Schuldenstand je Einwohner.¹² Auch dazu haben die Stadtplaner von einst beigetragen: Zwar sind in Ludwigshafen viele Hochqualifizierte und Facharbeiter beschäftigt, doch längst nicht alle wollen in der kaputtgeplanten Stadt wohnen. Die gut verdienende Mittelschicht lebt in Mannheim, Heidelberg oder den pfälzischen Umlandkreisen – bis hin zur idyllischen Weinstraße. In den vielfach tristen Wohngebieten Ludwigshafens bleiben vor allem jene zurück, die sich nichts anderes leisten können und der Stadt enorme Sozialausgaben bescheren.

Die Arbeitslosenquote Ludwigshafens lag im Herbst 2010 bei neun Prozent – während sie im umliegenden Rhein-Pfalz-Kreis weniger als vier Prozent betrug. Ein Drittel der städtischen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, und das durchschnittlich verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Ludwigshafen ist das niedrigste unter allen 36 Kreisen in Rheinland-Pfalz.¹³ Hinzu kommt, dass die zahlreichen Hochstraßen drei Jahrzehnte nach ihrer Errichtung baufällig geworden sind und ihre Wartung enorme Summen verschlingt. Allein die Kosten für die anstehende Sanierung der Hochstraße Nord werden auf 100 bis 200 Millionen Euro geschätzt.

„Mentoring ist eine wunderbare Möglichkeit, Menschen über Grenzen hinweg zusammenzubringen“

Ludwigshafen am Rhein ist eine Stadt mit tiefen Gräben. Sie verlaufen zwischen den prosperierenden Industrieunternehmen und der klammen Kommune. Und zwischen gut verdienenden Einpendlern und den wenig betuchten Einwohnern, von denen viele einen Migrationshintergrund haben. Freiwilliges Engagement in Ludwigshafen ist darauf ausgerichtet, diese Kluft zu überbrücken. Ein besonders populäres Mittel, Bedürftige und Gutverdiener zusammenzubringen, die sich im normalen Leben kaum begegnen, sind Mentoring-Projekte. Den Anfang gemacht hat im Jahr 2006 die aus den USA stammende Organisation „Big Brothers Big Sisters“. Sie ist angetreten, um Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien mit engagierten Erwachsenen „als große Brüder und Schwestern“ auf Zeit zusammenzubringen. „Big Brothers Big Sisters“ funktioniert als soziales Franchise-Unternehmen: Das „Produkt“, die Idee und Vorgehensweise, wird von der amerikanischen Mutter-Organisation übernommen. Mittlerweile arbeiten zehn verschiedene Länderorganisationen rechtlich selbstständig und finanzieren sich eigenständig über Spenden und Sponsoren.

Bei „Big Brothers Big Sisters“ können sich interessierte Erwachsene auf der einen Seite sowie Kinder und deren Eltern auf der anderen Seite melden. Die Auswahl von Mentor und Mentee wird von Psychologen begleitet, Mentoren werden zu Beginn geschult. In dem Programm gehen Mentor und Mentee die Verpflichtung ein, sich ein Jahr lang zu begleiten und mindestens zwei Mal pro Monat Zeit miteinander zu verbringen, insgesamt wenigstens acht Stunden. In Ludwigshafen, wo die Deutschland-Zentrale der Organisation mit vier hauptamtlichen Mitarbeitern

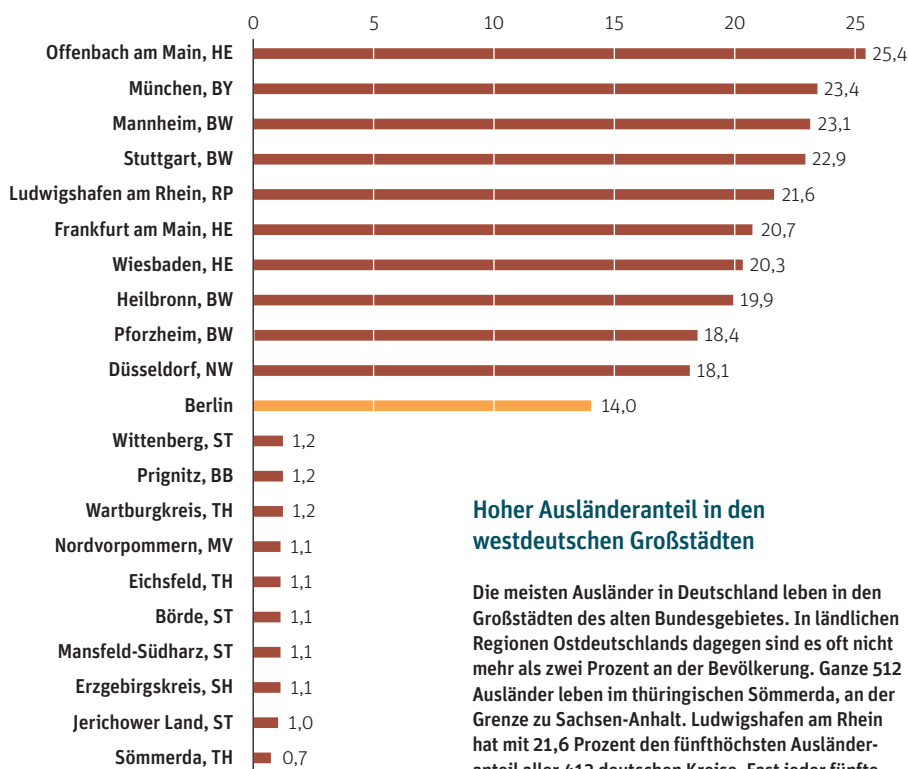
ansässig ist, sind 60 Prozent der vermittelten „kleinen Brüder und Schwestern“ nicht-deutscher Herkunft. Das Projekt ist so erfolgreich, dass es mittlerweile eine Warteliste für Mentoren suchende Kinder und Jugendliche gibt. Darauf stehen vor allem Jungen, denn Männer machen nur ein Drittel der Mentoren aus, und Betreuer und Betreute müssen bei „Big Brothers Big Sisters“ von gleichem Geschlecht sein. Während die Organisation potenzielle Mentoren vorwiegend über klassische Medien, etwa Zeitungsartikel, anspricht, werden Kinder und deren Eltern meist direkt in Veranstaltungen an Grund- und Hauptschulen oder bei Migrantenorganisationen kontaktiert.

Etwa 30 Tandems gibt es derzeit in Ludwigshafen und noch eine Menge Potenzial – auch wenn die Kinder eher aus der Arbeiterstadt und die Mentoren meist aus dem bildungsbürgerlichen Umland stammen. „Wir erleben ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass der Staat nicht alles richten kann“, sagt Sabine Scheltwort, Mitarbeiterin bei „Big Brothers Big Sisters“. „Dennoch wollen die Engagierten flexibel bleiben und sich nicht langfristig binden.“ Mentoring scheint eine ideale Form zu sein, in einer sozial und räumlich immer stärker gespaltenen Gesellschaft Menschen verschiedener Schichten zusammenzubringen und gleichzeitig dem wachsenden Bedürfnis der Engagierten nach selbstbestimmter Sinnsuche entgegenzukommen. Mentor zu sein, gibt auf der einen Seite unmittelbar das Gefühl, einem Kind aus schwierigen sozialen Verhältnissen zu helfen. Auf der anderen Seite werden die Treffen individuell vereinbart und beide Partner machen das, worauf sie Lust haben. Nach einem Jahr läuft das Mentoring, so es nicht verlängert wird, automatisch aus. Das macht das Programm für junge, mobile Hochqualifizierte interessant – die Mehrheit der Mentoren ist zwischen 20 und 40 Jahre alt, darunter Studenten und viele Akademiker.

Die kirchlichen Organisationen Caritas und Diakonie versuchen sich ebenfalls an Mentorenprogrammen. Den Jugendmigrationsdienst der Caritas in Ludwigshafen gibt es seit 2007. Allerdings sind dort die Tandems nicht nur auf Freizeitgestaltung ausgerichtet, wie Stephanie Gutting von Jugendmigrationsdienst berichtet. Die Mentees werden meist aus den von der Caritas angebotenen Sprachkursen heraus vermittelt, die allerdings nicht immer ausreichen, um die Migranten sprachlich fit genug für eine Bewerbung auf einen Arbeitsplatz zu machen. Deshalb entstehen Tandembeziehungen mit dem Ziel, die deutsche Sprache anzuwenden und die Sprachkenntnisse zu verbessern. Die Mentees sind zwischen 18 und 40 Jahre alt und erhalten nebenbei auch noch ganz praktische Unterstützung: Stephanie Gutting erzählt,

wie eine Migrantin auf Wohnungssuche über ihren Mentor Zugang zu einer Wohnungsbau-genossenschaft gefunden hat – und dort jetzt mit ihrer Familie viel Leben in die überalterte Hausgemeinschaft bringt.

Das Mentorenprogramm, so Gutting, könnte wachsen, wenn die Caritas-Mitarbeiter dafür mehr Zeit investieren würden. Ideal wäre eine kontinuierliche Begleitung der Mentor-Mentee-Paare, doch derzeit steht bei Problemen neben Stephanie Gutting lediglich eine Kollegin als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Die Organisationen müssten aber in problematischen Situationen Unterstützung leisten. Etwa wenn Mentees mit Migrationshintergrund Probleme mit Behörden zu lösen hätten – hierum müssten sich professionelle Berater kümmern.



Ausländeranteil 2008, Extremwerte für deutsche Städte, Berlin zum Vergleich (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

Hoher Ausländeranteil in den westdeutschen Großstädten

Die meisten Ausländer in Deutschland leben in den Großstädten des alten Bundesgebietes. In ländlichen Regionen Ostdeutschlands dagegen sind es oft nicht mehr als zwei Prozent an der Bevölkerung. Ganze 512 Ausländer leben im thüringischen Sömmerda, an der Grenze zu Sachsen-Anhalt. Ludwigshafen am Rhein hat mit 21,6 Prozent den fünfthöchsten Ausländeranteil aller 413 deutschen Kreise. Fast jeder fünfte Bewohner und insgesamt 35.200 Ludwigshafener haben somit keinen deutschen Pass. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund dürfte etwa doppelt so hoch sein.

Die Ludwigshafener Diakonie geht diesen Weg bereits, wie Sozialberaterin Angelika Geist berichtet. Bei dieser Organisation stehen etwa 60 mit bestimmten Problemlagen vertraute Begleiter bereit, um Migranten zu beraten und bei der Lösung der Probleme zu unterstützen. Sie begleiten ihre Mentees etwa zur Ausländerbehörde oder zu Terminen bei der Wohnungssuche. Der Bedarf ist hoch: Im ersten Halbjahr 2010 hat die Diakonie etwa 300 Einzelberatungen durchgeführt, wobei etwa drei Vierteln der Hilfesuchenden zumindest phasenweise ein freiwilliger Begleiter zur Seite gestellt wurde. Angelika Geist hält diese Form der persönlichen Unterstützung für zukunftsweisend. Selbst wenn es keine konkreten Schwierigkeiten mit Ämtern und Behörden gäbe, hätten sehr viele Migranten Unterstützung nötig. Kinder aus nicht allzu problembelasteten Familien vermittelt Geist gern an „Big Brothers Big Sisters“, die sich auf diese Zielgruppe spezialisiert haben, „doch ich habe dort mehr Anträge laufen, als sie erfüllen können“. Das Eins-zu-Eins-Mentoring, so Angelika Geist, sei ideal für jene Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht unbedingt professionelle Hilfe benötigten.

Beim „Lernzirkel“ Ludwigshafen, einem einst von türkischstämmigen Hochschulabsolventen gegründeten Verein, versucht man derzeit, klassische kostenpflichtige Nachhilfe mit freiwilligen Mentorenprogrammen zu verbinden. Ozan Yildirim, der den „Lernzirkel“ seit 2007 hauptberuflich leitet, sagt, der Verein wolle eine Rundumbetreuung türkischer Familien anbieten. Im „Lernzirkel“ versuchen Angehörige des türkischstämmigen Bürgertums, das Bildungsniveau in der eigenen Gemeinschaft zu verbessern. Zwar werden die Lehrkräfte, häufig Studierende mit türkischen Wurzeln, für den Nachhilfeunterricht bezahlt, doch es gibt auch viel freiwilliges Engagement: Studierende und Abiturienten betreuen jüngere Schüler als freiwillige Mentoren, versuchen sie anzuspornen und ihnen

eine Lebensperspektive aufzuzeigen. Dazu gehören auch Kino- oder Theaterbesuche, Beratungen über die schulische Laufbahn, Besuche bei den Eltern oder in den Schulen.

Yildirim würde die Tätigkeit des Vereins gerne ausweiten, doch dafür wäre eine bessere finanzielle Basis nötig. Die komplizierte Beantragung bei Bundes- oder EU-Programmen sei nur mit mehr hauptamtlichem Personal möglich. Die Stadtverwaltung lobe zwar die Arbeit des Lernzirkels und stelle dem Verein für Seminare mit türkischen Eltern Räume zur Verfügung, doch eine finanzielle Förderung gibt es wegen der knappen Kassen nicht. Die Stadt Ludwigshafen kann teilweise nur in Integrationsprojekte investieren, wenn die Mittel aus Förderprogrammen von Land, Bund oder EU kommen. Die städtische Integrationsbeauftragte Hannele Jalonen bedauert diese Abhängigkeit von Projekten – Integration müsse eine Regelförderung erhalten.

„Alle wissen, wir haben kein Geld – und trotzdem müssen wir die Dinge geregelt kriegen“

Eine andere Art des Brückenbauens pflegt die Stadtverwaltung Ludwigshafen selbst. Weil eine engagierte, bürgerliche Mittelschicht vor allem außerhalb der Stadt lebt, muss sie eben auch im Umland rekrutiert werden: Dort leben Tausende von Ingenieuren und Controllern, Buchhaltern und Vertriebsmitarbeitern, die täglich zur Arbeit nach Ludwigshafen einpendeln. Waren in den Unternehmen einst Survivaltraining, Feuerlauf oder gemeinsame Klettertouren zur Stärkung des Teamgeists angesagt, so ist seit einigen Jahren bürgerschaftliches Engagement als teambildende Maßnahme gefragt. Susanne Ziegler von der Abteilung Stadtentwicklung ist die Aufgabe zugefallen, dieses Engagementpotenzial für die Stadt nutzbar zu machen.

Angefangen hat es vor einigen Jahren, als ein großes Pharmaunternehmen mit Sitz in Ludwigshafen einige hundert Teilnehmer eines Treffens von Außendienstmitarbeitern zur gemeinnützigen Arbeit nach Ludwigshafen schickte und bei Susanne Ziegler nach Einsatzmöglichkeiten suchte. Nur zwei Wochen brauchte die umtriebige Mitarbeiterin, um genug Projekte für die Mitarbeiter zu finden. Mittlerweile hat Ziegler eine Menge Erfahrung mit „Freiwilligen-Großeinsätzen“. Angestellte der Softwareschmiede SAP trafen sich zwei Mal im Jahr zum „freiwilligen Arbeitseinsatz“ in Ludwigshafen. In Kürze werden 40 „Junge Rotarier“ unter dem Motto „Arbeiten und feiern“ ein Wochenende lang im Wildpark Rheingönheim den Streichelzoo auf Vordermann bringen. Im Sommer kommt die „Mannheim Business School“ mit ihren Studenten und renoviert zwei Ludwigshafener Einrichtungen.

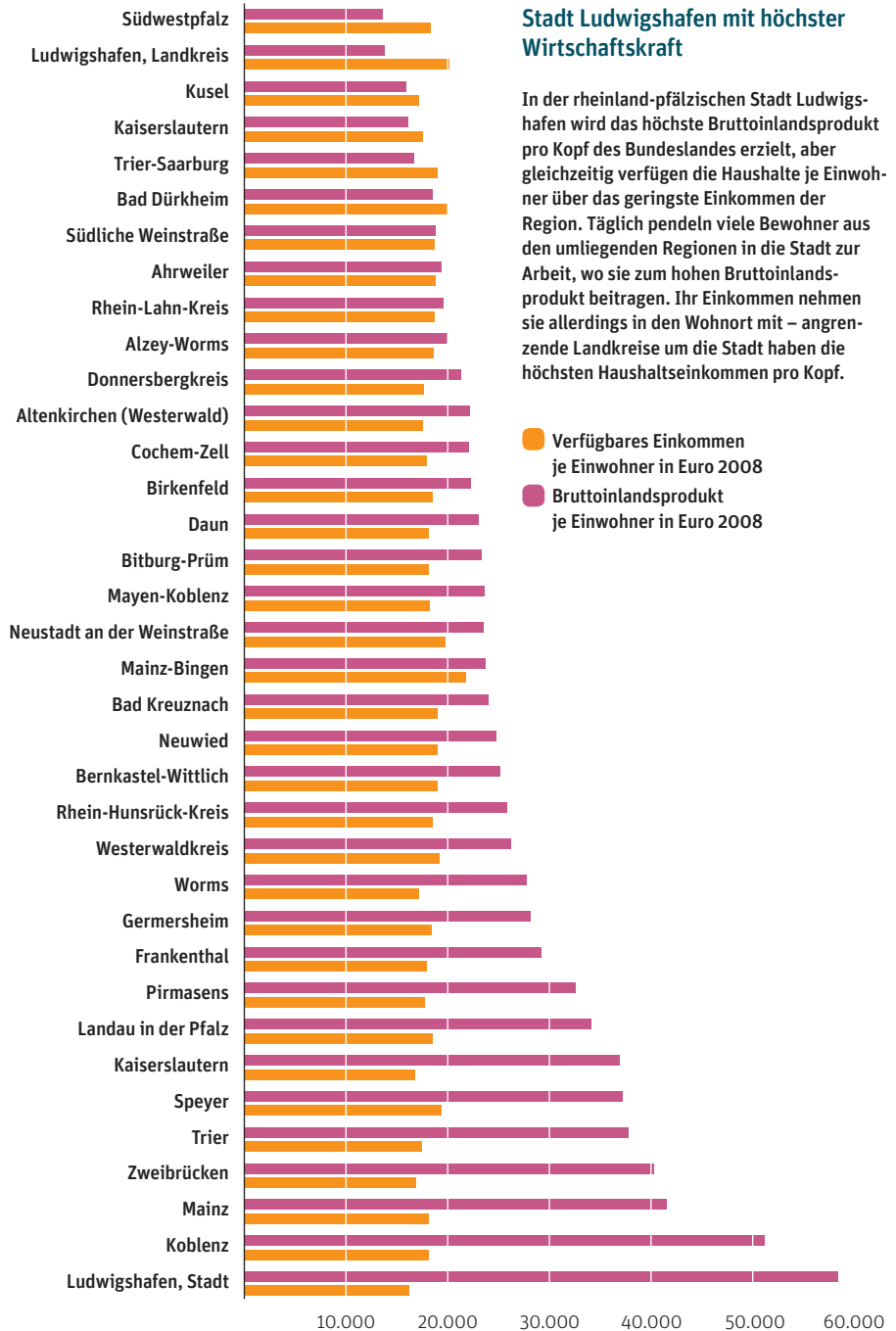
Eine konsequente Weiterentwicklung solcher „Social Events“ einzelner Firmen ist der Freiwilligentag, der 2008 zum ersten Mal in Ludwigshafen stattfand. An einem bestimmten Termin sind Bürger, Unternehmen und Vereine aufgerufen, etwas für ihre Stadt zu tun. 51 verschiedene Projekte kamen damals zustande, die meisten entwickelt von Susanne Ziegler: „Ich denke nach, und ich telefoniere!“ Mittlerweile weiß Ziegler, wobei die Kommune oder soziale Einrichtung Hilfe brauchen können und was überhaupt an einem einzigen Tag für Freiwillige machbar ist.

Manches Projekt, das so zustande kommt, bereitet Menschen für einen Tag Freude. So organisierten Jugendliche der Stiftung „Anpiff zum Leben“ ein Tischtennisturnier in einer Behinderteneinrichtung. Mitarbeiter einer Tanzschule boten eine Tanzveranstaltung in einem Seniorenheim an. Doch mit großen Freiwilligen-Einsätzen können auch ganz konkrete Mängel städtischer Infrastruktur gelindert werden: In der Pflingstweide, einem Park in Ludwigshafen, wurden Wege neu

angelegt, Rindenmulch verteilt und Tulpenzwiebeln gesetzt. In einer Turnhalle hat eine Hockeymannschaft die Umkleieräume gestrichen, anderswo werden Räume in einem Kindergarten renoviert. Material dafür wird mitunter von lokalen Handwerksbetrieben bezogen – als Ausgleich dafür, dass diese aus Kostengründen nicht auch gleich den Auftrag erhalten. Ziegler hat ausgerechnet, dass allein der letzte Freiwilligentag der Stadt Ludwigshafen geldwerte Leistungen im Umfang von 200.000 Euro eingebracht hat.

Daneben ermöglichen solche Einsätze auch, dass viele Menschen in einen Bereich des freiwilligen Engagements hineinschnuppern, mit dem sie sonst nie in Kontakt gekommen wären. Manche Organisationen hoffen, so Nachwuchs für Bereiche zu finden, denen Engagierte allmählich ausgehen. Susanne Ziegler berichtet von einer Einrichtung für Multiple-Sklerose-Patienten, wo die langjährigen Helferinnen mittlerweile zu alt und zu wenige sind, um Patienten im Rollstuhl auszufahren. Ziegler hofft, auf dem nächsten Freiwilligentag Ersatz zu finden. Die Aussichten sind gut, denn mittlerweile sind in Ludwigshafen aus Kurzzeit-Einsätzen dauerhafte Beziehungen zwischen ansässigen Firmen und sozialen Einrichtungen geworden.

Wo Freiwillige knapp sind, aber der Bedarf groß ist, hilft eine Institution, die Engagierte gewinnen und vermitteln kann. In Ludwigshafen ist das die 2001 aus einem Bürgerworkshop hervorgegangene Ehrenamtsbörse „Vehra“. Nicht nur die Stadt, auch viele Vereine und Organisationen suchen freiwillige Helfer, sagt Sigrid Veller, die ehrenamtlich die Vermittlung von Freiwilligen bei „Vehra“ übernommen hat. Anfangs haben die Mitarbeiter von „Vehra“ eine Art „Meldebogen“ an alle Vereine in Ludwigshafen verschickt, mit Fragen nach dem Bedarf an Freiwilligen und den gewünschten Fähigkeiten. Doch der Rücklauf war gering, weil das Verfahren zu anonym war. Erst über direkte Gespräche hat sich die Ehrenamtsbörse in der Stadt bekannt



Stadt Ludwigshafen mit höchster Wirtschaftskraft

In der rheinland-pfälzischen Stadt Ludwigshafen wird das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf des Bundeslandes erzielt, aber gleichzeitig verfügen die Haushalte je Einwohner über das geringste Einkommen der Region. Täglich pendeln viele Bewohner aus den umliegenden Regionen in die Stadt zur Arbeit, wo sie zum hohen Bruttoinlandsprodukt beitragen. Ihr Einkommen nehmen sie allerdings in den Wohnort mit – angrenzende Landkreise um die Stadt haben die höchsten Haushaltseinkommen pro Kopf.

- Verfügbares Einkommen je Einwohner in Euro 2008
- Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro 2008

Verfügbares Einkommen und Bruttoinlandsprodukt in rheinland-pfälzischen Kreisen je Einwohner in Euro 2008 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

gemacht. Jetzt rufen Vereine einfach an, wenn sie Freiwillige brauchen. Manche wollen klassische Ehrenämter neu besetzen, suchen etwa einen Kassierer oder Schriftführer. Auch wenn das Deutsche Rote Kreuz einen Menüservice oder eine Kleiderkammer eröffnen wolle, so Sigrid Veller, dann gehe das nur mit Freiwilligen.

Zahlreiche Einrichtungen in Ludwigshafen gründen Fördervereine, weil sie ohne finanzielle Unterstützung von außen nicht auskommen. So wurde das städtische Tierheim 2008 in einen gemeinnützigen Verein umgewandelt, weil die Stadt es nicht mehr tragen wollte. Bis heute arbeitet es dank privater Spender und freiwilliger Helfer weiter. Auch das einst städtische Strandbad Blies erhält heute mit Hilfe eines Fördervereins den Betrieb aufrecht.

Neben der Vermittlung betreibt die Ehrenamtsbörse auch einige größere Eigenprojekte. So wird seit fünf Jahren die Ludwigshafener „Tafel“ betrieben, eine Lebensmittelversorgung für Bedürftige. Weiterhin organisiert die Ehrenamtsbörse das Projekt „Lesepaten“ für Kindergärten, Schulen und Altenheime sowie das Projekt „Schaukelpferd“, eine Werkstatt, in der freiwillige Helfer gebrauchte Spielsachen reparieren und diese dann an Kindereinrichtungen verschenken. Die Ludwigshafener Ehrenamtsbörse vermittelt pro Jahr etwa 130 bis 150 Freiwillige.

Doch dass eine zunehmende Zahl älterer Menschen nach Engagement sucht, ist nicht zu spüren. „Leider“, sagt Sigrid Veller, „wie viele Aufrufe haben wir für das Projekt „Schaukelpferd“ gemacht? Wir suchen ehemalige Handwerker, Bastler, wenn auch nur für ein paar Stunden pro Woche. Doch da kommt wenig“. Veller bestätigt, dass es heute leichter sei, Engagierte für zeitlich begrenzte Projekte zu finden. Für klassische Ehrenämter hingegen könnten sich immer weniger Menschen begeistern. Die erste Frage von potenziell Engagierten sei meist, ob sie denn auch einmal wegbleiben könnten. Auch die Rentner würden sich ihre Gedanken machen, ob sie denn noch eine Urlaubsfahrt unternehmen können, wenn sie sich zur Hilfe bereit erklären.

Fazit

In Ludwigshafen existiert keine homogene Gemeinschaft, in der das Bürgertum, die Arbeiterschaft und die sozial Schwachen ein aktives Miteinander pflegen. Die Stadt ist räumlich und gesellschaftlich gespalten. Unter diesen Bedingungen ist ein professionelles Engagement-Management notwendig, um Brücken zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu schlagen. Dies gelingt bei mehreren Projekten offenbar gut. Die Stadtverwaltung nutzt das Potenzial freiwilligen Engagements, das speziell von Unternehmen unterstützt wird, in kreativer Weise: Eine eigens dafür eingesetzte Mitarbeiterin entwickelt gezielt Projekte für Freiwilligen-Einsätze. So lässt sich projektbezogen und kurzfristig eine enorme Anzahl an Helfern gewinnen, die zwar nicht unbedingt in der Stadt selbst wohnen, aber dennoch Leistungen für sie erbringen. In klammen Städten wie Ludwigshafen besteht allerdings die

Gefahr, dass der Verweis auf fehlendes Geld zu einem Reflex wird, um jeden finanziellen Einsatz von Beginn an zu vermeiden. Dies gefährdet das Vertrauen der Engagierten besonders in Vereine und Organisationen, die neben bezahlten Kräften auch Freiwillige beschäftigen.

Auf der Ebene individueller Hilfe für Migranten versuchen verschiedene Organisationen, die wachsende soziale Kluft mithilfe von Mentoring-Projekten zu überbrücken. Diese modernen Formen des Engagements erfüllen in idealer Weise das Bedürfnis zu helfen und dabei zeitlich und inhaltlich flexibel zu bleiben. Aus diesem Grund sind sie unter jüngeren Akademikern sehr populär und werden von unterstützungsbedürftigen Familien und Kindern gerne angenommen. Mentoring-Projekte funktionieren umso besser, je professioneller Mentoren und Mentees ausgewählt und betreut werden. Eine erfahrene Organisation mit hauptamtlichen Mitarbeitern ist dafür unabdingbar. Weil sie zudem dauerhaft vorhanden sein muss, ist eine begrenzte öffentliche Projektförderung für diese Engagementform ungeeignet. Das Potenzial von Mentoring-Projekten, soziale Kontakte zwischen völlig verschiedenen Bevölkerungsschichten herzustellen und beide Seiten von der Kooperation profitieren zu lassen, ist groß.

6 Bremerhaven

Stadt und Bürgerschaft in Zwietracht

Bremerhaven, strategisch günstig direkt an der Wesermündung gelegen, ist einst als Überseehafen der 60 Kilometer entfernten Hansestadt Bremen entstanden. Die bremische Exklave Bremerhaven war einst der bedeutendste Auswandererhafen Europas. Von hier aus brachten die Schiffe zwischen 1830 und 1974 rund 7,2 Millionen Deutsche, Ost- sowie Südeuropäer und Skandinavier in die Neue Welt.¹⁴ Bis heute sind die Häfen der wichtigste Wirtschaftszweig in Bremerhaven – doch jetzt werden vor allem Container und PKW umgeschlagen. Anfang der 1970er Jahre, als die Werften und Häfen noch einen enormen Personalbedarf hatten, lebten in Bremerhaven 145.000 Menschen, darunter viele Gastarbeiter. Dann ging es mit der maritimen Wirtschaft zunächst allmählich, bald immer schneller bergab. Allein zwischen 1993 und 2010 sank die Einwohnerzahl Bremerhavens von 132.000 auf nur noch 113.000 Einwohner – prozentual einer der stärksten Verluste einer kreisfreien Stadt in Westdeutschland.¹⁵

In den vergangenen Jahren hat Bremerhaven versucht, sich mit gewaltigem Aufwand ein neues Image als Tourismus-, Wissenschafts- und Logistikzentrum zu geben. Doch die Altlasten des industriellen Strukturwandels wiegen schwer: Die Schulden des Landes Bremen, zu denen Bremerhaven wesentlich beigetragen hat, sind pro Kopf doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt und lähmen die Lokalpolitik. Mindestens ein Drittel der Bremerhavener Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund – aber die ehemaligen Gastarbeiter und deren Kinder finden kaum noch auskömmliche Jobs. Die Stadt hatte 2008

mit 14 Prozent die höchste Arbeitslosen- und Sozialhilfequote aller kreisfreien Städte in Deutschland. Die Hälfte der Arbeitssuchenden ist seit mehr als zwölf Monaten ohne Job. In den 1960er und 1970er Jahren, als die Gewinne der großen Betriebe noch sprudelten, bedeutete Engagement für die Arbeiterschicht etwas völlig anderes als für die Mittelschicht heute „bürgerschaftliches Engagement“. Für die Arbeiter ging es darum, ihren Anteil an der Mitbestimmung und am wachsenden Wohlstand zu sichern. Man kämpfte um politische Teilhabe und Interessenvertretung. Die Arbeiterschicht, vor allem auf den Werften, war traditionell gut organisiert und Bremerhaven hatte starke Gewerkschaften und eine machtvolle Sozialdemokratie.

Mit dem industriellen Niedergang ist dieses politische Engagement in Bremerhaven fast völlig weggebrochen, und der Stadtverwaltung scheint ein engagiertes Gegenüber abhanden gekommen zu sein. Wir finden bei der Verwaltung Bremerhavens keinen einzigen Gesprächspartner, der zum Thema freiwilliges Engagement zu einem Interview bereit gewesen wäre. Ein Mitarbeiter des Magistrats teilt uns zunächst mit, dass er nur anonym Auskunft geben könne, zieht aber später auch dieses Angebot zurück. Er verweist an einen vorgesetzten Stadtrat, der nach einigen Tagen per E-Mail mitteilt, dass bei der Stadt Bremerhaven zum Thema „freiwilliges Engagement“ derzeit leider niemand auskunftsfähig sei. Die Kommunalpolitik, so auch der Eindruck nach unseren Interviews mit Engagierten, scheint so sehr mit sich selbst und den Problemen der Stadt beschäftigt zu sein, dass sie sich nicht auch noch mit freiwillig engagierten Bürgern auseinandersetzen mag.

„Wenn man seine Arbeit verliert, macht Engagement keinen Spaß mehr“

Sadik Sahin, ein türkischstämmiger Schweißer, war lange Zeit Teil der alten, engagierten Arbeiterschicht. Er hatte schon 1974 mit Kollegen einen türkischen Arbeitnehmerverein gegründet, aus dem in den 1980ern ein internationaler Verein wurde. Sahin war jahrelang als Elternvertreter der Kindergärten und Schulen in Bremerhaven aktiv, engagierte sich in Stadtteilkonferenzen und in der Gewerkschaft, er saß für die SPD im Stadtparlament. Sahin war ein Migrant, der es geschafft hatte. Doch als 1997 die Werft schloss, auf der er 25 Jahre gearbeitet hatte, verlor er seine Arbeit. Seitdem schlägt er sich mit Mühe durch, als Selbstständiger, als Montagearbeiter. Sahins persönlicher beruflicher Abstieg ist Sinnbild für den Abstieg der ganzen Stadt. Zwischen 1991 und 2000, in der Zeit der größten Krise für die Stadt, verlor Bremerhaven 3.300 Arbeitsplätze.¹⁶ Mit der beruflichen und finanziellen Unsicherheit nahm auch das politische und soziale Engagement von Sadik Sahin und von vielen anderen Arbeitern ab: „Ohne Arbeit macht das alles keinen Spaß mehr. Man muss ja ständig darüber nachdenken, wie man seine Miete bezahlt“, sagt Sadik Sahin. Man sei auf Arbeitssuche, müsse flexibel sein, sei vielleicht auch frustriert und habe weniger Geld. Früher habe er sich frei genommen, um die Probleme anderer Leute zu regeln. Heute habe er selbst Probleme. Sahin ist noch immer in einigen Gremien tätig, vielleicht weil er immer engagiert war. Gegenwärtig beteiligt er sich an der Gründung eines „Demokratischen Migrantenforums“, das sich für Chancengleichheit von Zuwanderern einsetzen will. Doch er fragt sich manchmal, was ihm dieses ganze Engagement eigentlich bringt. Zu einem sicheren Lebensunterhalt hat es ihm nicht verholfen: „Und wenn ich zu einem Termin nach Bremen fahre, muss ich das Benzin selbst bezahlen. Jetzt, da ich arbeitslos bin, überlege ich schon, ob das geht.“

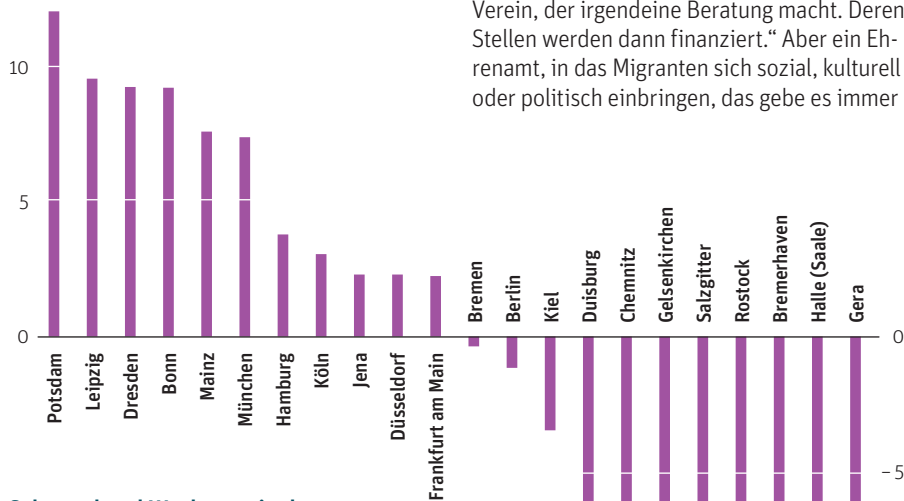
Wie Sahin geht es vielen Arbeitern mit Migrationshintergrund, die sich einst für ihresgleichen engagiert haben. Etwa Ali Can, vom Verein „Dialog für gleiche Rechte“. Wir treffen den gelernten Schlosser in der Vereinsbaracke in einem Industriegebiet von Bremerhaven-Lehe. Früher sei das hier eine „linke Truppe“ gewesen, sagt Can, der seit den 1980er Jahren in Deutschland lebt. Doch nach dem Untergang des Ostblocks sei es auch mit der linken Bewegung bergab gegangen. Dem Arbeiterverein wurde in den 1990er Jahren mit dem neuen Namen „Dialog für gleiche Rechte“ eine „Multikulti-Richtung“ verpasst. Unter den 22 zahlenden Mitgliedern und den nach Cans Schätzung etwa 100 Menschen, die sich gelegentlich blicken lassen, hätten fast alle einen türkischen Hintergrund, wengleich mittlerweile 90 Prozent einen deutschen Pass besäßen. Früher

wollten die Mitglieder auch den Kontakt mit Einheimischen pflegen, doch das habe nicht so recht funktioniert. Gelegentlich treffen sie sich mit Antifa-Gruppen oder alternativen Vereinen. Offenbar hat sich die Vereinsarbeit im Wesentlichen auf geselliges Beisammensein reduziert. Es gebe eine Tanz- und eine Frauengruppe, und man plane einige Informations- und Kulturveranstaltungen, sagt Can. Die früher zwei bis drei Mal im Jahr stattfindenden Wochenendseminare für Frauen oder Jugendliche, meist zu Migrationsfragen, sind seit drei Jahren gestrichen, weil die öffentlichen Zuschüsse weggefallen sind.

Can hat damals selbst Orientierungsseminare für Jugendliche angeboten, die Probleme hatten, einen Beruf zu finden. Heute sei der ganze ehrenamtliche Bereich der Integrationsarbeit kommerzialisiert. „Integrationshändler“ nennt Can die Trägerorganisationen, die von Fördermitteln leben. „Die gründen einen Verein, der irgendeine Beratung macht. Deren Stellen werden dann finanziert.“ Aber ein Ehrenamt, in das Migranten sich sozial, kulturell oder politisch einbringen, das gebe es immer

weniger. Ali Can und seine Mitstreiter haben darüber hinaus Schwierigkeiten mit den immer komplexer werdenden Antragsverfahren. Aktuell habe Bremerhaven das Projekt „Wohnen in Nachbarschaften“ ausgelobt. Es stellt Geld für Vereine und lokale Initiativen bereit, die mit freiwilligem Engagement die Lebensqualität in den Stadtteilen verbessern wollen. Jeder darf Anträge stellen. „Doch da geben Leute ausführliche Begründungen über drei Seiten ab“, meint Can resigniert. „Wir haben weder die Zeit noch die Ausbildung dafür.“ Allenfalls könne man sich an große Träger wie die Arbeiterwohlfahrt oder die Caritas andocken, die dann die eigentlichen Projekte durchführten.

Viele Migrantenvereine sind von dem Niedergang der klassischen Arbeiterkultur betroffen. Der 1993 gegründete „Arbeitskreis Mosaik“, der auf der Homepage der Stadt Bremerhaven seine Tätigkeit anpreist, der früher noch Radiosendungen und Fernsehen für den Offenen Kanal gemacht hat, ist kaum noch aktiv. Auch vom „Solidaritätsverein“, den Remzi Cengiz 1976 zur Sozialberatung von Migranten mit gegründet hat, scheint nur eine Hülse übrig geblieben zu sein. Das Interesse an der Vereinsarbeit habe stark abgenommen, beklagt Cengiz. Wie viele Veranstaltungen der Solidaritätsverein gegenwärtig noch anbietet, ist nicht genau in Erfahrung zu bringen. Ein Falblatt enthält zwar eine Liste von Beratungen, Arbeitsgruppen und Sprachkursen, die meisten Angebote sind jedoch mit dem Vermerk „in Planung“ versehen. Lediglich zwei Sprachkurse fänden gegenwärtig statt, so Cengiz, drei Ehrenamtliche und drei ABM-Kräfte arbeiteten gegenwärtig im Verein. Cengiz beklagt sich über die mangelnde Engagementbereitschaft der jungen Türkischstämmigen. Die hockten lieber in der Teestube. In den Vereinen seien immer nur die gleichen älteren Leute anzutreffen.



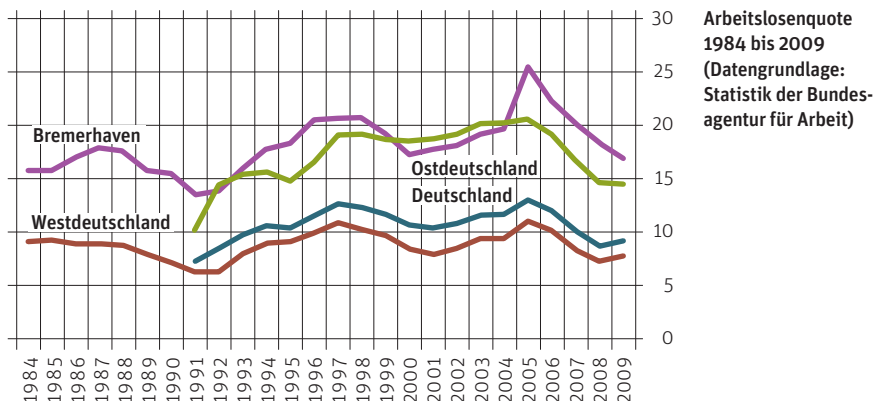
Schwund und Wachstum in den Großstädten Deutschlands

In Deutschland gibt es 71 kreisfreie Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Hälfte dieser Städte verliert seit 1995 Bevölkerung. Das gilt für viele strukturschwache Städte in Ostdeutschland wie Gera in Thüringen und Halle in Sachsen-Anhalt, aber auch für die Mehrheit der altindustriellen Städte im Ruhrgebiet und für die Hafenstadt Bremerhaven. Innerhalb von 13 Jahren hat Bremerhaven fast 16.000 Einwohner verloren und ist damit um zwölf Prozent geschrumpft.

Extremwerte der Bevölkerungsentwicklung in kreisfreien Städten 1995 bis 2008 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

Arbeitslosenquote Bremerhavens auf ostdeutschem Niveau

Die Arbeitslosenquote von Bremerhaven lag im Jahr 2009 bei 17 Prozent. Jeder sechste erwerbsfähige Bewohner war somit ohne Arbeit. Das sind fast doppelt so viele wie im bundesdeutschen Durchschnitt und ein größerer Anteil als in Ostdeutschland. Die Werftenkrise der 1970er Jahre bedeutete für einige regionale Werften das Ende – und für viele Bewohner die Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig gelingt es der Stadt bis heute nicht, ihre vielen ehemaligen Gastarbeiter und gering Qualifizierten in anderen Branchen unterzubringen.



„Ich finde, dass Pflegeeinrichtungen ihre Einnahmen und Ausgaben offenlegen sollten“

Doch auch in Bremerhaven gibt es eine bürgerliche Bevölkerung, die sich freiwillig engagiert – allerdings andere Qualifikationen und finanzielle Mittel als die Arbeiterschicht mitbringt. Als Vertreter beider Gruppen bei unserem Workshop aufeinandertreffen, wird rasch deutlich, wie unterschiedlich die Lebenswelten von Arbeitern in prekärer Beschäftigung und von Akademikerinnen oder gut betuchten Hausfrauen sind.

Alice Fröhlich, die vor vielen Jahren aus den Niederlanden nach Bremerhaven kam, hat schon vor 25 Jahren den freiwilligen sozialen Dienst „Solidar“ aufgebaut. Im „Haus im Park“, einem privat betriebenen Pflegeheim für demente Menschen, helfen die Freiwilligen von Solidar bei der Betreuung der Patienten. Bei Aufbau und Konzeption des Pflegeheims war der Freiwilligendienst von Anfang

an eingebunden – er arbeitet praktisch in Symbiose mit der professionellen Pflegeeinrichtung. Die eigentliche Pflege wird von bezahlten Fachkräften erledigt, die rund 80 Freiwilligen „pflegen die Seele“, wie Alice Fröhlich es ausdrückt. Sie gehen mit den Patienten spazieren, lesen vor, bewirten sie mit Kaffee und Kuchen, haben eine Poesiegruppe ins Leben gerufen. Ein Freiwilliger bastelt mit älteren Männern, ein anderer regelt den gesamten Internetauftritt des Vereins und gibt gleich zwei Mitarbeiterzeitungen heraus – eine für die interne Kommunikation und eine für die Öffentlichkeit.

Alice Fröhlich und ihr Projekt „Solidar“ waren in Deutschland ihrer Zeit weit voraus und haben schon viele Auszeichnungen erhalten. 2003 kürte der Hausfrauenbund Bremerhaven Alice Fröhlich zur „Frau des Jahres“, 2006 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz am Bande und 2008 bekam der Verein den „Freiherr-vom-Stein-Preis“ der Alfred Töpfer Stiftung. Mittlerweile ist sie nicht nur Expertin für die Betreuung Demenzkranker, sondern auch für den Aufbau von Freiwilligendiensten und deren Mitwirken in der professionellen Pflege. Zu beiden Themen

hält sie bundesweit Vorträge. Sehr wichtig sei die Ausbildung und Betreuung der Freiwilligen, meint Fröhlich. Jeder erhalte am Anfang eine zwei- bis dreistündige Basisschulung zum Umgang mit Demenzen. Auch Weiterbildungen werden angeboten. Dabei gebe es auch Überschneidungen mit pflegerischen Tätigkeiten, räumt Fröhlich ein, etwa wenn Patienten das Essen gereicht werden muss, die nicht mehr selbst Löffel oder Gabel zum Mund führen können. Fröhlich lässt dazu die Freiwilligen gegenseitig an sich üben – auch Schüler, die für ein Sozialpraktikum zum Verein stoßen. Wenn jemand selbst mal ein zu großes Stück einer heißen Kartoffel im Mund gehabt habe, meint sie, wirke das viel besser als jedes Referat.

Alice Fröhlich kann die Veränderung bei der Einstellung zum Engagement in Deutschland gut beurteilen, bringt sie doch die Erfahrung der ausgeprägten Freiwilligenkultur in den Niederlanden mit. Vor 20 Jahren hätten die Leiter der Pflegeeinrichtungen nur gelacht über ihre Idee, mit Freiwilligen zu arbeiten: „Jetzt reißen sich alle darum. Weil es mit dem Geld immer enger wird und weil eine gute Pflegeeinrichtung versuchen muss, die Qualität hoch zu halten.“ Auch sie kennt die Diskussion um die Verdrängung von Arbeitsplätzen auf der einen und die Ausbeutung von Freiwilligen auf der anderen Seite. Deshalb hält Alice Fröhlich es für absolut notwendig, dass Pflegeeinrichtungen ihre Einnahmen und Ausgaben offen legen. In Verhandlungen über Pflegesätze würde stets behauptet, dass darin lediglich sechs Prozent Verwaltungskosten enthalten seien und der Rest in die reine Pflege fließe. Dabei sei der Verwaltungskostenanteil stets höher. Wenn dann ein Betreiber sage, für diese oder jene Pflege- und Betreuungsleistung sei kein Geld mehr da und deshalb müssten Freiwillige einspringen, dann sei das momentan überhaupt nicht überprüfbar. Im schlimmsten Fall wird so mit freiwillig Engagierten ein Wasserkopf in der Verwaltung oder hohe Gehälter des Leitungspersonals finanziert.

„Eine Stadt, die kein Geld hat, nimmt den Ehrenamtlichen die Arbeit weg und macht Netzwerke kaputt, die andere aufgebaut haben“

Eine andere aktive Bürgerin ist Marika Büsing, die in den 1990er Jahren aus Ostdeutschland nach Bremerhaven kam. Die Psychotherapeutin hat vor einigen Jahren die gemeinnützige GmbH „Weitblick“ gegründet, die sie bis heute ehrenamtlich leitet. „Weitblick“ bewarb sich in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt für das Mehrgenerationenhausprojekt des Familienministeriums und bekam den Zuschlag. Mittlerweile arbeiten in dem Haus eine hauptamtliche Koordinatorin sowie zehn Honorarkräfte und etwa 30 Freiwillige. Ältere verwirklichen dort ihre Projektideen, organisieren einen Tanztee, machen Spiele-Nachmittage, lesen Kindern vor. Es gibt ein Kinderhotel, das die Kleinen auch über Nacht beherbergt – allerdings mit ausgebildeten und bezahlten Betreuern.

Mit Freiwilligen arbeitet auch das Projekt „Wellcome“, bei dem überwiegend ältere Menschen junge Familien nach der Geburt des ersten Kindes unterstützen und Eltern entlasten, und zwar unter einem Dach mit dem Mehrgenerationenhaus. Bisher stehen aus dem umliegenden, wohlhabenderen Landkreis Cuxhaven mehr engagementwillige Menschen bereit, als es hilfesuchende Familien aus Bremerhaven gibt. Marika Büsing hat deshalb angeregt, dass „Wellcome“ diese beiden Parteien besser zusammenbringt. Die Plattform dafür könnte eine Ehrenamtsbörse sein, die Büsing initiiert und an das Mehrgenerationenhaus angeschlossen hat. Eine solche Vernetzungsstelle für Engagement fehlte bisher in Bremerhaven.

Beim Abschlussworkshop, an dem neben Alice Fröhlich und Marika Büsing fünf weitere Engagierte, darunter drei Migranten aus Bremerhaven, teilnehmen, entladen sich Unzufriedenheit und Ärger auf die Stadtverwaltung, bei der sich kein einziger Gesprächs-

partner finden ließ. Die Lokalpolitik, so die einhellige Meinung, würdige und unterstütze freiwilliges Engagement nicht. Die Vertreterin einer Stadtteilkonferenz, in der sich Bürger für die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtviertel einsetzen, bringt es auf den Punkt: Der Magistrat scheue sich, die Stadtteilkonferenzen zu sehr zu unterstützen, aus Sorge, diese könnten am Ende noch die Arbeit der Stadtverordneten übernehmen. Marika Büsing, die Initiatorin der Ehrenamtsbörse beklagt, die Verwaltung habe sich nie für dieses Projekt interessiert: „Aber jetzt erfahren wir so nebenbei, dass der Magistrat ebenfalls eine Ehrenamtsagentur gründet. Eine Stadt, die kein Geld hat, nimmt den Ehrenamtlichen die Arbeit weg, finanziert zwei Stellen und macht damit Netzwerke kaputt, die andere aufgebaut haben.“

Fazit

Die industrielle Vergangenheit Bremerhavens erweist sich als Hypothek für das freiwillige Engagement. Sowohl die Arbeiterschaft von einst als auch die von dieser Zeit geprägte Lokalpolitik können mit einem modernen Verständnis von freiwilligem Engagement bisher offenbar wenig anfangen. Für die Beschäftigten in Werften und Häfen bedeutete Engagement vor allem Kampf um politische Teilhabe, höhere Löhne und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Engagement war weniger Beitrag als vielmehr Forderung. Gewerkschaften und Migrantenvereine haben sich in dieser Zeit eine starke Position und ein hohes Selbstbewusstsein aufgebaut, die mit dem Strukturwandel und dem Verlust vieler Arbeitsplätze in sich zusammengefallen sind. Zahlreiche Engagierte aus dieser Schicht wirken heute resigniert. Sie sind sich einig, dass ein sicherer und gut bezahlter Arbeitsplatz die Voraussetzung für freiwilliges Engagement bilde. Wo nichts zu fordern und zu verteilen ist,

trauen sich die Menschen einen eigenen Beitrag zum Gemeinwesen kaum mehr zu. Migrantenvereine fühlen sich darüber hinaus in der Zuständigkeit für ihre eigene Klientel von den Fürsorgeprofis der freien Träger an den Rand gedrängt.

Die Vernetzung der von Migranten geprägten Arbeiterschicht und den Engagierten der bürgerlichen Mittelschicht ist mangelhaft. Ein Austausch zwischen beiden Gruppen, auch ein Engagement füreinander, findet zu wenig statt. Teilweise gibt es mehr Hilfsbereite, als Menschen, die Hilfe annehmen wollen. Bis dato ist viel zu wenig bekannt, was Engagement bewirken kann, wo es Unterstützung gibt, wer sich dafür bewerben, aber auch wer sich wo einbringen kann.

Die Lokalpolitik hat das Ende der alten Gewaltenteilung zwischen Kommune und Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung noch nicht verinnerlicht. Mit Bürgern, die sich engagiert einmischen und mitwirken wollen, hat die Kommune noch keine funktionierende Arbeitsbasis gefunden. Bisher ignoriert sie weitgehend das sich entwickelnde, kreative und zukunftsweisende freiwillige Engagement der bürgerlichen Mittelschicht, das diese unter erheblichem Einsatz eigener Mittel aufbringt. Es scheint, als empfinde die Verwaltung dieses Engagement als Eingriff in den eigenen Machtbereich. Statt zu kooperieren, bringt die hoch verschuldete Stadt die Engagierten gegen sich auf und schafft gleichzeitig teure Parallelstrukturen. Von einer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Bürgerschaft zur Milderung der lokalen sozialen Probleme scheint Bremerhaven weit entfernt.

QUELLEN UND ANMERKUNGEN

¹ Statistisches Bundesamt (2010): Regionaldatenbank. Wiesbaden.

² Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): Sozialbudget 2009.

³ Sozialpolitik aktuell (2010): Datensammlung. Duisburg.

⁴ Sinus Sociovision (2010): Sinus-Milieus in Deutschland 2010. Heidelberg.

⁵ Bundesverband Deutscher Stiftungen: Zahlen und Daten 2010. Berlin.

⁶ BMFSFJ (2010): Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. Berlin.

⁷ Generali Deutschland Holding AG/Prognos AG (2008): Engagementatlas 2009. Berlin.

⁸ Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge (2009): Wo es sich gut arbeiten und wohnen lässt. Informationsbroschüre des Landkreises. Mering.

⁹ Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2010): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2008. Reihe 2 Band 1. Wiesbaden.

¹⁰ Vgl. Fußnote 1.

¹¹ Vgl. Fußnote 9.

¹² Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2010): Staat und Gesellschaft; Finanzen, Steuern und Personal. Bad Ems.

¹³ Stadt Ludwigshafen am Rhein (2010): Statistik. Ludwigshafen.

¹⁴ Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven: Geschichte. Bremerhaven.

¹⁵ Statistisches Landesamt Bremen (2010): Daten und Fakten. Bremen.

¹⁶ Vgl. Fußnote 9.

Impressum

Herausgeber:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon: (030) 22 32 48 45

Telefax: (030) 22 32 48 46

E-Mail: info@berlin-institut.org

www.berlin-institut.org

Das vorliegende Papier ist ein Auszug aus der Studie
„Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet“,
die im März 2011 erschienen ist.

Autoren:

Steffen Kröhnert, Reiner Klingholz, Florian Sievers, Thilo Großer, Kerstin Friemel

Feldforschung:

Steffen Kröhnert, Michael Wehrstedt

Datenbank und Dokumentation:

Iris Hoßmann

Lektorat:

Margret Karsch, Tanja Kiziak

Organisation:

Christian Kutzner

Gestaltung:

Jörg Scholz, Köln (www.traktorimnetz.de)

Der überwiegende Teil der thematischen Landkarten wurde auf Grundlage des
Programms EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn, erstellt.

Das Berlin-Institut dankt dem Generali Zukunftsfonds für die Unterstützung bei
der Erstellung dieser Studie.

Der Generali Zukunftsfonds initiiert und unterstützt Projekte mit dem Schwerpunkt
„Förderung des Engagements von und für die Generation 55plus“. Darüber hinaus
ist der Zukunftsfonds als Change-Manager, Vernetzer und Anstifter im Bereich des
bürgerschaftlichen Engagements tätig.